

Nicht gleich, aber sehr ähnlich!

Die Alternative für Deutschland (AfD)
und die Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ): Gemeinsamkeiten
und Unterschiede zweier
rechtspopulistischer Parteien

Eric Miklin

Martin Dolezal

Reinhard Heinisch

10/24



Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Inhalt

Auf einen Blick	2
1. Einleitung.....	3
2. Entwicklung und innerparteiliche Konflikte.....	5
3. Programmatik der Parteien.....	13
4. Wählerinnen und Wähler.....	24
5. Zusammenfassung.....	32
6. Endnoten	34
7. Literatur.....	36
8. Anhang	43
Autoreninfo.....	45

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Auf einen Blick

Die Entwicklung von AfD und FPÖ ist von wiederkehrenden innerparteilichen Konflikten geprägt. In beiden Fällen haben diese stets zum Sieg der radikaleren Akteure geführt, was sich bislang nicht negativ auf den Erfolg der Parteien bei Wahlen ausgewirkt hat.

Die Positionen zu Migration und EU sowie das Ausmaß des Populismus unterscheiden sich kaum und beide Parteien nehmen innerhalb ihres Parteiensystems hierbei die radikalste Position ein. In Summe ist die AfD jedoch kulturell etwas, und ökonomisch doch recht deutlich weiter rechts positioniert als die FPÖ.

Beide Parteien zeigen eine offene Affinität für rechts-autoritäre Regierungen anderer Staaten sowie eindeutige personelle Überschneidungen mit dem rechtsextremen Milieu. Im direkten Vergleich sind letztere in der AfD jedoch wiederum stärker ausgeprägt.

Die Wählerinnen und Wähler beider Parteien teilen eine im nationalen Vergleich kritische Einstellung zu Migration und europäischer Integration, haben geringere Bedenken bezüglich des Klimawandels und eine höhere Populismusaffinität. Im Gegensatz dazu ist die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation in beiden Fällen nicht signifikant höher als in der übrigen Wählerschaft und nur die Wählerinnen und Wähler der AfD äußern eine größere Unzufriedenheit mit der Demokratie und einen stärkeren Wunsch nach einem starken „Führer“.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

1. Einleitung

Rechtspopulistische Parteien befinden sich in den allermeisten europäischen Staaten im Aufwind.¹ In vielen Ländern haben sie sich zu einem relevanten Bestandteil des Parteiensystems entwickelt und werden auch zunehmend in Regierungskoalitionen aufgenommen. In Italien stellen sie seit Oktober 2022 mit Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia als erstem westeuropäischen Land sogar die Regierungschefin. In Osteuropa dominiert Viktor Orbáns Fidesz seit langem die ungarische Politik, während die polnische Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) erst im Herbst 2023 bei den Wahlen einem liberalen und pro-europäischen Parteienbündnis unterlag.

Österreich ist eine weitere Hochburg des Rechtspopulismus in Europa. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zählt zu den ältesten Vertreterinnen dieser Parteienfamilie und ist seit vielen Jahrzehnten ein etablierter Bestandteil des Parteiensystems (Heinisch 2003). Auf allen Ebenen des politischen Systems besitzt sie Erfahrung als Regierungspartei, wobei sich ein starker Wandel in der politischen Wahrnehmung zeigt: Die erste, im Februar 2000 auf Bundesebene gebildete Koalition mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) führte noch zu heftigen Protesten im Inland sowie zu Konflikten mit den übrigen EU-Mitgliedsstaaten, die ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich vorübergehend einschränkten. Bei der zweiten, im Dezember 2017 gebildeten Koalition gab es nur mehr wenige Proteste im Inland und keine relevante Reaktion auf europäischer oder internationaler Ebene. Die Einbeziehung der FPÖ in die Bundesregierung wurde von politischen Beobachterinnen und Beobachtern sowie weiten Teilen der Öffentlichkeit als normaler Bestandteil des politischen Geschehens interpretiert.

Im Gegensatz dazu waren Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums in Deutschland lange Zeit auffällig schwach, wofür in der Literatur nicht zuletzt auf historische Gründe, d.h. das Erbe des Nationalsozialismus und die damit verbundene schärfere Abgrenzung gegen weit rechtsstehende politische Kräfte, hingewiesen wurde (Art 2017). Mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) hat sich der „Sonderfall“ Deutschland jedoch dem europaweiten Trend angeglichen. Anders als die FPÖ ist die AfD aber bislang eine Paria-Partei geblieben, auf die die übrigen Parteien mit der Bildung eines Cordon Sanitaire reagiert haben (Heinze 2022).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

2024 war für beide Parteien ein sehr erfolgreiches Jahr. Bei der Europawahl im Juni 2024 wurde die FPÖ erstmals stärkste Partei und wiederholte diesen Erfolg bei der Nationalratswahl Ende September. Die AfD blieb bei der Europawahl zwar deutlich hinter der Union aus Christdemokraten (CDU) und Christlich-Sozialen (CSU), konnte sich aber erstmals vor der Kanzlerpartei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), auf Rang 2 platzieren. Auffallend waren bei dieser Wahl einmal mehr die, auch im Vergleich zur FPÖ, starken regionalen Unterschiede im Abschneiden der AfD. Während die Partei in den westdeutschen Bundesländern hinter Union, SPD und Grünen nur den vierten Platz belegte, gewann sie die Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern deutlich. Auch hier bestätigte sich das Bild im September, wo die AfD bei Landtagswahlen in Sachsen nur knapp hinter der CDU auf dem zweiten Platz landete, während sie selbst die CDU wiederum in Thüringen mit großem Abstand auf den zweiten Platz verwies.

Der verspätete, aber umso rasanter verlaufende Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland stellt etablierte Muster der politischen Auseinandersetzung in Frage und eröffnet Fragen nach dem dauerhaften Fortbestand der liberalen Demokratie. AfD und FPÖ sehen sich selbst als Teil derselben politischen Bewegung. Dies gilt, wie der im Mai 2024 ausgebrochene Streit innerhalb der Fraktion Identität und Demokratie im Europaparlament zeigt, auch im Konfliktfall, da sich die FPÖ gegen den auf Betreiben von Marine Le Pen (Rassemblement National) mehrheitlich entschiedenen Ausschluss der AfD ausgesprochen hat.² Aufgrund der deutlich längeren Geschichte des Rechtspopulismus in Österreich stellt sich die Frage, ob die Entwicklung der FPÖ und die Reaktion der übrigen Parteien auf ihren Aufstieg als Blaupause für die deutsche Entwicklung gesehen werden können. Ein systematischer Vergleich der beiden Parteien ist daher von besonderem Interesse.

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, welche Gemeinsamkeiten, aber auch welche Unterschiede zwischen der AfD und der FPÖ bestehen. Hierfür gehen wir zunächst auf die historischen Entwicklungen der beiden Parteien ein, die zwar unterschiedlich lang sind, bei denen sich aber dennoch auffällige Übereinstimmungen zeigen. Interne Konflikte führten in beiden Parteien regelmäßig zu einer Niederlage gemäßigter Kräfte und infolgedessen zu einer kontinuierlichen, bis heute anhaltenden Radikalisierung in Richtung, und – zumindest im Falle der AfD – teilweise über die Grenze zum Rechtsextremismus hinaus.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Auf Basis vorhandener Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen und Ergebnissen von Expertinnen- und Expertenbefragungen vergleichen wir danach das programmatische Profil von AfD und FPÖ. Daraufhin gehen wir auf Basis vorhandener Umfragedaten auf das sozialstrukturelle und ideologische Profil ihrer Wählerinnen und Wähler ein. Erneut finden wir große Ähnlichkeiten. Insgesamt, so unser Befund, positioniert sich die AfD – im direkten Vergleich der beiden rechtspopulistischen Parteien, aber auch relativ zu ihrer nationalen Konkurrenz – aber noch radikaler als die FPÖ. Auch bei den Wählerinnen und Wählern bestehen große Übereinstimmungen bei den Kernanliegen der beiden Parteien, v.a. bei der Kritik an der Migration und der Europäischen Integration. Jedoch zeigen sich bei AfD-Wählerinnen und Wählern eine etwas stärkere Radikalisierung im Hinblick auf konservative Einstellungen sowie eine insgesamt größere Unzufriedenheit mit der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung. In sozialstruktureller Perspektive erweist sich die FPÖ als „moderner“, da sie, im Gegensatz zur AfD, die für rechtspopulistische Parteien so typische Schwäche bei weiblichen Wählerinnen bereits (weitgehend) überwunden hat.

2. Entwicklung und innerparteiliche Konflikte

Ein Blick auf die jeweilige Geschichte von FPÖ und AfD macht schnell klar, dass die zeitliche Entwicklung höchst unterschiedlich ist. So erfolgte die Gründung der FPÖ auf Bundesebene bereits 1956 als Ergebnis der Spaltung (und späteren Auflösung) ihrer Vorgängerpartei, dem Verband der Unabhängigen (VdU; Luther 2006). Bereits bei der Nationalratswahl im selben Jahr schaffte sie mit 6,5 % der Stimmen den Einzug ins Parlament, blieb dort bis heute vertreten und war seitdem auch fast immer in sämtlichen neun Landesparlamenten (Landtagen) präsent. Vor allem im Nationalrat blieben die Erfolge zunächst aber überschaubar. Erst mit der rechtspopulistischen Neuausrichtung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre konnte die Partei ihren Stimmenanteil kontinuierlich steigern und hat sich mit Ergebnissen von bis zu 29 Prozent inzwischen als mittelgroße Partei fest etabliert (Abb.1).

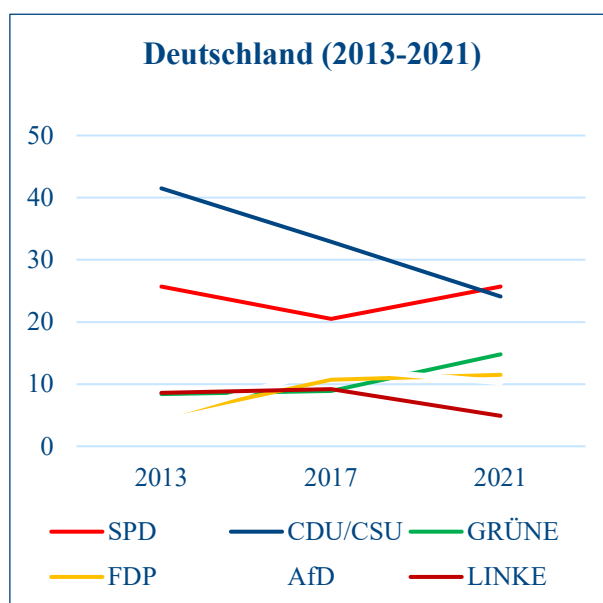
Im Gegensatz dazu wurde die AfD erst 2013 gegründet und scheiterte bei den Wahlen dieses Jahres sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene jeweils knapp am Einzug ins Parlament. Seit 2014 hat die Partei jedoch bis auf

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

eine Ausnahme (Schleswig-Holstein 2022) bei allen Bundestags-, Landtags- und Europawahlen den Einzug in die entsprechende Kammer geschafft. Was die Ergebnisse auf Bundesebene betrifft, kam sie dabei mit 12,6 (2017) und 10,4 % (2021) bis jetzt (noch) nicht an die Erfolge der FPÖ heran, was neben anderen Faktoren (siehe unten) wohl auch daran liegt, dass es mit der Linken eine weitere Partei gibt, die als Protestpartei einzuordnen ist (vgl. Abb. 1). Anders als bei der FPÖ zeigen sich bei der AfD zudem deutliche regionale Unterschiede, konkret in Form eines Ost-West-Gefälles (Volk & Weiskircher 2023). So erreichte sie 2021 in Westdeutschland nur 8,2, in Ostdeutschland jedoch 20,5 % der Zweitstimmen und wurde in Sachsen und Thüringen stärkste Partei.

In den folgenden Abschnitten liefern wir einen konzisen Überblick über die wesentlichen programmatischen Entwicklungen beider Parteien seit ihrem Bestehen, die jeweils entlang zweier zentraler Konfliktdimensionen verlaufen sind: dem Konflikt zwischen einem liberalen und national-konservativen Flügel und, darauffolgend, wiederholten Konflikten zwischen einem gemäßigt-pragmatischeren sowie einem radikaleren Flügel.

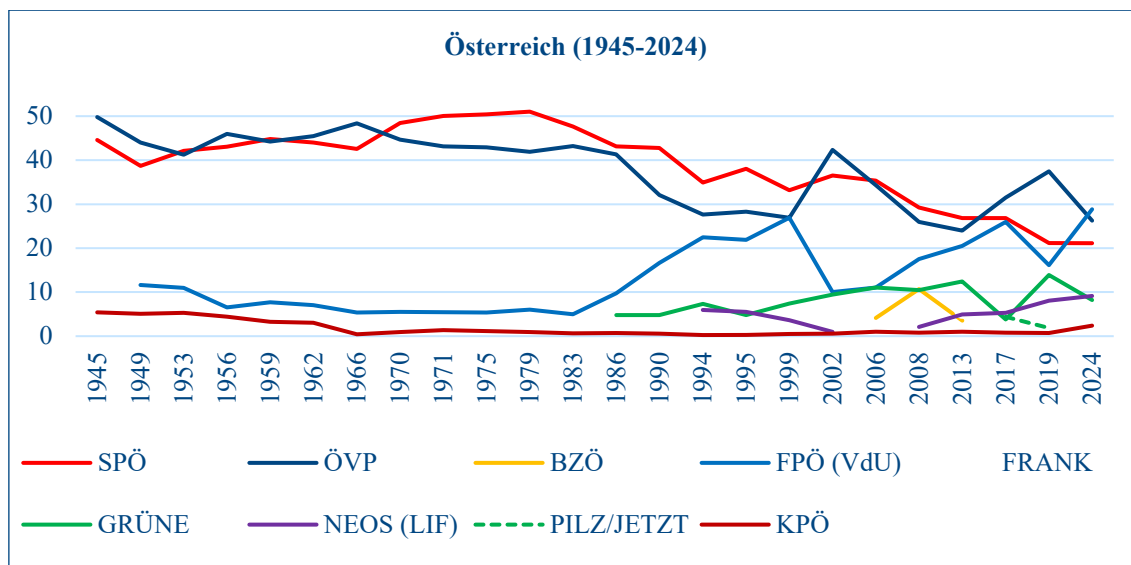
Abbildung 1 Wahlergebnisse in Deutschland und Österreich



Quelle: Bundeswahlleiter ([bundeswahlleiter.de](https://www.bundeswahlleiter.de))

Anmerkung: Die Zahlen beziehen sich auf den Anteil bei den Zweitstimmen.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!



Quelle: Bundesministerium für Inneres (bmi.gv.at)

Liberaler vs. nationaler Flügel

Betrachtet man die personellen wie programmatischen Entwicklungen innerhalb der Parteien, zeigen sich – trotz der sehr unterschiedlichen Zeitspannen – erstaunliche Parallelen. So standen sich in beiden Parteien zunächst ein liberaler und ein national-konservativer Flügel gegenüber, zwischen denen es so lange zu Konflikten kam, bis sich in beiden Fällen der liberale Flügel abgespaltete und die Befürworterinnen und Befürworter einer national-konservativen bzw. rechtspopulistischen Ausrichtung die Oberhand erlangten.

Bei der FPÖ liegen die programmatischen Ursprünge selbst in sowohl liberalen als auch deutschnationalen Strömungen des 19. Jahrhunderts, die ein politisch vereintes Deutschland befürworteten (Luther 2006). Diese Strömungen sprachen sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen eine staatliche Eigenständigkeit Österreichs aus und wiesen in weiterer Folge die Existenz einer österreichischen Nation zurück. Gegründet von teils hochrangigen ehemaligen Nationalsozialisten zog die Partei, mangels einer genuin liberalen Partei, auch Vertreterinnen und Vertreter dieser Strömung an, agierte jedoch zunächst v.a. als „nationalsozialistisches“ Auffangbecken. Prominente ehemalige Nationalsozialisten spielten in der FPÖ daher auch in den folgenden Jahren eine zentrale Rolle: Sowohl ihr erster Parteiobmann,

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Anton Reinthaller, als auch sein Nachfolger ab 1958, Friedrich Peter, waren (u.a.) ehemalige SS-Mitglieder. Dennoch kam es unter Peter zur Stärkung der liberalen Kräfte, was nach ersten Konflikten 1966 zur Abspaltung eines Teils des deutschnationalen Lagers und zur Gründung der (später wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verbotenen) Nationaldemokratischen Partei führte (Bailer-Gallander 2004: 168). In weiterer Folge trat die FPÖ 1979 sogar der Liberalen Internationalen bei und auch am Parteitag von 1980 konnte sich in einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz mit Norbert Steger der Vertreter des liberalen Flügels durchsetzen.

In den folgenden Jahren änderte sich das Bild aber grundlegend. Zwar schaffte es die gemäßigt auftretende FPÖ 1983 erstmals als Juniorpartner der SPÖ in die Bundesregierung, doch gelang dies nach dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte. Nach anhaltend schlechten Umfrageergebnissen kam es 1986 zu einem vorgezogenen Parteitag, bei dem sich der nationale Flügel durchsetzte und Jörg Haider zum Parteiobmann gewählt wurde. Unter Haiders Obmannschaft vollzog die FPÖ sehr rasch einen Wandel in Richtung Rechtspopulismus und rückte in gesellschaftspolitischen Fragen und insbesondere bei Fragen der Migration deutlich nach rechts (Pelinka 2002). In der Folge kam es 1993 zur endgültigen Abspaltung des liberalen Flügels: Fünf Nationalratsabgeordnete gründeten mit dem Liberalen Forum eine eigene Partei, die sich allerdings nicht längerfristig etablieren konnte (Liegler 2006: 407ff.).

Die Gründung der AfD war u.a. das Ergebnis einer Initiative damaliger bzw. ehemaliger CDU-Mitglieder, die mit der Politik der damaligen Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden Angela Merkel unzufrieden waren. Zentrales Motiv war dabei aber nicht das Thema Migration oder der Kampf gegen vermeintlich korrupte Eliten, sondern die – von mehreren deutschen Ökonomen und Ökonomen geteilte – Kritik an der Zustimmung der Bundesregierung zu Hilfszahlungen für hoch verschuldete EU-Mitglieder sowie zur Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus als Reaktion auf die Eurokrise (Decker 2016). Entsprechend war die Programmatik der AfD zu Beginn auch eher eine Kombination aus gemäßigtem Euroskeptizismus, ökonomischem Liberalismus und sozialem Konservatismus (Arzheimer 2015). Zwar spielten schon früh auch migrationskritische Positionen und Islamkritik eine gewisse Rolle, und die Partei setzte kommunikativ im Vorfeld der Bundestagswahlen 2013 durchaus auf eine populistische Rhetorik, doch verwarf sie diese Strategie im Vorfeld der Europawahlen des folgenden Jahres (Franzmann 2016).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Dennoch entwickelte die Partei bald eine regelrechte „Sogwirkung“ in die rechte Szene (Kleinert 2018: 20) und es kam zunehmend zu Kritik an einem gesellschaftspolitisch vermeintlich zu liberalem Kurs der Partei. Den ersten Höhepunkt markiert diesbezüglich die Gründung des „Flügels“, einer völkisch-nationalistischen Gruppierung rund um Björn Höcke im Jahr 2015 sowie deren „Erfurter Deklaration“, welche die zu gemäßigte Ausrichtung der Partei sowie ihre Abgrenzung zu radikaleren Bewegungen wie den Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) scharf kritisierte. Noch im selben Jahr verlor der gemäßigte Parteimitbegründer und Vertreter des national-liberalen Lagers, Bernd Lucke, seine Funktion als Bundessprecher der AfD, nachdem er versucht hatte, statt der bisherigen Dreifachspitze die alleinige Parteiführung zu übernehmen. Bei einem außerordentlichen Parteitag verlor er eine Kampfabstimmung gegen die vom nationalistischen Flügel unterstützte Frauke Petry, die fortan mit Jörg Meuthen ein Duo als Bundesprecherin und Bundessprecher bildete. Lucke und vier weitere Europaabgeordnete sowie rund 21 % der Parteimitglieder verließen daraufhin die AfD (Niedermeyer 2020: 6). Eine u.a. von Lucke gegründete Allianz für Fortschritt und Aufbruch blieb erfolglos und die AfD entwickelte sich in weiterer Folge rasch zu einer klar rechtspopulistischen Partei (Arzheimer & Berning 2019).

Gemäßigte vs. Radikale

Die Abspaltung ihres liberalen Flügels markierte für beide Parteien nicht das Ende ihrer internen inhaltlichen Konflikte. Denn während ihre rechtspopulistische Grundausrichtung nun weitgehend unumstritten war, trat an die Stelle des alten Konflikts nun jener zwischen Vertreterinnen und Vertretern einer moderateren, durchaus auch auf Regierungsfähigkeit ausgerichteten Strategie und einer radikaleren Ausrichtung.

In der FPÖ trat dies kurz nach Eintritt in die erste ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition auf Bundesebene im Februar 2000 zu Tage. Nach einer Reihe von Verlusten bei regionalen Wahlen wurde die Kritik der Basis an einem zu pragmatisch (und vermeintlich stärker auf den eigenen Aufstieg als an inhaltlichen Prinzipien) ausgerichteten FPÖ-Regierungsteam immer lauter und führte schließlich 2002 zu dessen geschlossenem Rücktritt (Heinisch 2003).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Nach vorgezogenen Neuwahlen im November 2002, die mit minus 16,9 Prozentpunkten eine empfindliche Niederlage für die FPÖ brachten, kam es dennoch zu einer Neuaufgabe der Koalition mit der ÖVP. 2005 kam es dann jedoch endgültig zum Zerwürfnis in Form einer Abspaltung des gesamten freiheitlichen Regierungsteams sowie der Gründung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter der Führung Haider, dem sich auch fast alle damaligen FPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare des österreichischen Parlaments anschlossen (Luther 2006).

Beide Parteien stellten nun den Anspruch, die wahren VertreterInnen und Vertreter des „freiheitlichen Lagers“ zu sein. Während das BZÖ dabei auf einen zwar rechtspopulistischen, aber doch vergleichsweise gemäßigten, um Regierungsverantwortung und Abgrenzung vom deutschnationalen Lager bemühten Kurs setzte, kam es bei der FPÖ zur Machtübernahme des deutschnationalen Lagers sowie einer deutlichen Radikalisierung in gesellschaftspolitischen Fragen. Während die Partei durch das Setzen auf wohlfahrtschauvinistische Positionen ökonomisch zunehmend in die Mitte rückte (Ennser-Jedenastik 2016), setzte sie kulturell noch stärker auf das Thema Migration (erweitert um den Kampf gegen Islamisierung) und verschärfte diesbezüglich auch ihre Rhetorik noch einmal deutlich (Heinisch & Hauser 2015). Auf personeller Ebene wurde mit Heinz-Christian Strache ein Mitglied der schlagenden Burschenschaft Vandalia mit Vergangenheit im Neonazi-Milieu zum Parteiohmann gewählt und in weiterer Folge wurden insbesondere auf Bundes-, aber auch auf Landesebene immer mehr Positionen und Funktionen mit Mitgliedern (vom Verfassungsschutz teilweise als rechtsextrem eingestuft) deutschnationaler Burschenschaften besetzt (Huber & Miklin 2020).

Erste Erfolge dieser Neuaufstellung zeigten sich bald und die Partei näherte sich bis 2017 kontinuierlich ihrer alten Stärke an. Der Kampf um die alleinige Vertretung des freiheitlichen Lagers war spätestens mit dem Verfehlen der 4%-Hürde durch das BZÖ bei den Nationalratswahlen 2013 endgültig entschieden. Auch wiederholte von der Öffentlichkeit als rassistisch oder antisemitisch kritisierte Wortmeldungen teils prominenter Vertreterinnen und Vertreter der Partei, ein Freundschaftsvertrag mit der Partei Einiges Russland von Vladimir Putin, Auftritte bei rechtsextremen Veranstaltungen oder Verbindungen von Parteimitgliedern oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins rechtsextreme Milieu (Mauthausen Komitee Österreich 2017) taten dem Aufstieg keinen Abbruch und führten auch innerparteilich nicht zu größeren Konflikten.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Zu internen Debatten kam es erst, als auch die Wiederauflage der Koalition mit der ÖVP ab 2017 wegen der Ibiza-Affäre (Obermaier & Obermayer 2019) vorzeitig scheiterte, die Partei bei den vorgezogenen Neuwahlen im September 2019 wiederum große Verluste hinnehmen musste (-9,8 %) und in der Folge auf der Oppositionsbank landete. Unter dem damaligen Parteiobmann Norbert Hofer verfolgte die Partei zunächst einen etwas gemäßigteren Kurs. Angesichts stagnierender Umfragewerte wurde Hofer jedoch schon bald durch Herbert Kickl abgelöst, unter dem die Partei sich v.a. rhetorisch weiter radikalisierte. Während der Corona-Krise setzte die FPÖ auf Fundamentalopposition gegen staatliche Präventionsmaßnahmen, und eine unter Strache vollzogene Abgrenzung der Partei von der rechtsextremen Identitären Bewegung wurde unter Kickl deutlich abgeschwächt.³ Auch diese neuerliche Radikalisierung hatte keinen negativen Einfluss auf den Erfolg der FPÖ. Vielmehr setzte die Partei erneut zu einem Aufholprozess an, erzielte bis heute bei mehreren Landtagswahlen sehr gute Ergebnisse und gewann, nachdem sie seit Ende 2022 in Umfragen durchgängig auf dem ersten Platz gelegen war, 2024 mit der Europawahl und der Nationalratswahl tatsächlich erstmals in ihrer Geschichte auch bei bundesweiten Wahlen.⁴

In der AfD gingen die Flügelkämpfe, nach dem Ausscheiden der liberalen Kräfte ebenfalls in neuer Formation, praktisch unvermittelt weiter. So galt Bundessprecherin Petry, neben ihrem moderaten Kollegen Meuthen, zwar als Vertreterin des national-konservativen Flügels. Dennoch kam es auch zwischen ihr und Höcke bald zu Konflikten – nicht zuletzt aufgrund sich häufender, medial als rechtsextrem oder rassistisch verurteilter Äußerungen von Vertreterinnen und Vertretern des radikalen „Flügels“, aber auch durch Höcke selbst. Auch Petry verlor den Kampf und trat wie Lucke aus der AfD aus.

Die Konflikte waren damit jedoch nicht zu Ende und waren, gemeinsam mit Uneinigkeiten bzgl. der Positionierung während der Corona-Pandemie, wohl mitverantwortlich für den Rückfall von 12 auf 10 % bei der Bundestagswahl 2021 (Heinze 2023). Im Vorfeld waren, gegen den Willen von Bundessprecher Meuthen, Alice Weidel und der zweite Bundessprecher Tino Chrupalla als Spitzenkandidatin und Spitzenkandidat gewählt worden. Beide führten einen stark rechtspopulistisch geprägten Wahlkampf, der vom gemäßigten Meuthen nach der Wahl scharf kritisiert wurde. In der Folge legte Meuthen sein Amt mit der Begründung, er habe den Machtkampf gegen den radikalen Flügel verloren, nieder und Weidel wurde seine Nachfolgerin als Bundessprecherin neben Chrupalla.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Auch der AfD hat diese neuerliche Radikalisierung bisher nicht nachhaltig geschadet. In bundesweiten Umfragen lag sie 2023 mit 20–23 % durchgängig auf dem zweiten Platz und konnte diesen, trotz eines gewissen Rückfalls auf zuletzt etwa 18 %, bis heute halten.⁵ Auch bei den Europawahlen 2024 belegte die Partei mit knapp 16 % den zweiten Platz und wurde in Ostdeutschland mit 28 % die klar stärkste Partei⁶, schnitt aber wiederum schlechter ab als in den Umfragen davor. Neben der Abspaltung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) von den Linken im Jänner 2024 bieten sich hierfür v.a. zwei Erklärungen an: Erstens die im selben Monat durch die Rechercheplattform Correctiv veröffentlichte Beteiligung von (nicht hochrangigen) AfD-Vertreterinnen und -Vertretern an einem rechtsextremen Gedankenaustausch über Massenausweisungen, auch von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund⁷. Zweitens die kurz vor der EU-Wahl öffentlich gewordenen Landesverrats- bzw. Korruptionsvorwürfe gegen die Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron.⁸ Zumindest die Erfolge der ‚radikaleren‘ Landesparteien bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen (2. Platz) und Thüringen (1. Platz mit Landessprecher Björn Höcke) bieten jedoch wenig Grund zu der Annahme, dass der radikale Flügel innerhalb der AfD demnächst in die Defensive gedrängt werden könnte.

Zusammenfassend lässt sich somit für beide Parteien konstatieren, dass innerparteiliche Konflikte bisher praktisch immer zu einer (weiteren) programmatischen Radikalisierung sowie zur Stärkung radikaler Kräfte innerhalb der Parteien geführt haben. Beide Parteien haben heute personelle Verbindungen zur rechtsextremen Identitären Bewegung, rechtsextremen Burschenschaften oder anderen rechtsextremen Organisationen. Parallelen finden sich bei beiden Parteien auch im Hinblick auf ihre Unterstützung rechts-autoritärer Regierungen wie jener Ungarns oder ihre russlandfreundliche Haltung im Ukrainekrieg (Heinisch & Hofmann 2023; Patton 2024). Insgesamt ist diese Radikalisierung bei der AfD aber weiter fortgeschritten. Zwar tauchen auch im österreichischen Verfassungsschutzbericht von 2023 erstmals Mitglieder der FPÖ auf.⁹ Jedoch steht im Falle der AfD die gesamte Partei als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ unter Beobachtung des Verfassungsschutzes¹⁰, während der „Flügel“ um Björn Höcke bis zu seiner darauffolgenden (formalen) Selbstauflösung auf Aufforderung des AfD-Bundesvorstandes sogar als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft wurde.¹¹ Nicht zuletzt gelten auch die AfD-Jugendorganisa-

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

tion Junge Alternative (JA) sowie die ostdeutschen Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt heute als „gesichert rechtsextrem“ und sechs weitere Landesverbände zumindest als Verdachtsfälle.¹² In Summe zeigt sich bei der AfD somit auch in Bezug auf den Grad der Radikalisierung ein klares Ost-West-Gefälle (Volk & Weisskircher 2023). Bemerkenswert ist zudem, dass die AfD auch innerhalb der Familie der rechtspopulistischen Parteien Europas inzwischen mehrheitlich als zu radikal wahrgenommen wird und jüngst sogar (wengleich gegen die Stimmen der FPÖ) aus der rechten Fraktion Identität und Demokratie des europäischen Parlaments geworfen wurde.¹³

3. Programmatik der Parteien

Für eine systematische vergleichende Darstellung der Programmatik von AfD und FPÖ kann auf verschiedene Quellen zurückgegriffen werden. Für den vorliegenden Abschnitt nutzen wir zwei Arten von Daten: Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen sowie Expertinnen- und Expertenbefragungen, bei denen die programmatischen Positionen von Parteien auf vorgegebenen Skalen eingeschätzt werden. Die Ergebnisse der Inhaltsanalysen verwenden wir für die Darstellung der Links-Rechts-Position von AfD und FPÖ sowie ihrer wichtigsten Mitbewerberinnen und Mitbewerber. Nach einem kurzen Blick auf die Salienz (Bedeutung) des Themas Europa in den Wahlprogrammen gehen wir auf Basis von Expertinnen- und Expertenbefragungen auf die Positionen zu Europa und auf das Thema Migration ein. Nach einem Abschnitt über das Ausmaß des Populismus diskutieren wir abschließend mögliche Grenzen bei der systematischen Erfassung der Programmatik rechtspopulistischer Parteien.

Links-Rechts-Positionen

Für die programmatische Verortung von Parteien ist deren Position auf der klassischen Links-Rechts-Skala immer noch von großer Bedeutung. Neben der eindimensionalen Darstellung auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala bedient sich die Forschung jedoch zunehmend einer differenzierteren Analyse, die zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Themenfeldern

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

differenziert und die Parteien somit in einem zweidimensionalen politischen Raum darstellt (z.B. Hooghe et al. 2004; Kriesi et al. 2006).

Im vorliegenden Abschnitt analysieren wir die Entwicklung von AfD und FPÖ auf der Basis von Ergebnissen des Manifesto-Projekts, das die Programmatik von Parteien mit manuellen Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen erfasst (Lehmann et al. 2023). Als theoretischer Ansatz des Projekts gilt die Salienztheorie des Parteienwettbewerbs, wonach Parteien in Wahlkämpfen unterschiedliche Themen betonen und in erster Linie auf diesem Weg ihre Programmatik ausdrücken – und nicht über die verschiedene Positionierung bei denselben Themen (Budge & Farlie 1983). Die empirische Basis dieser Theorie ist umstritten (Dolezal et al. 2014), in der Praxis des Manifesto-Projekts wird auch keine strikte Umsetzung der Theorie verfolgt, da es bei mehreren Themen sowohl positive als auch negative Kategorien (etwa für Aussagen über die Europäische Union) gibt. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprechen aber nicht zuletzt pragmatische Gründe für einen Rückgriff auf diese Datenquelle, da sie vergleichbare Parteidaten sowohl für Deutschland als auch für Österreich enthält. Zusätzlich ist es möglich, die temporale Entwicklung der Parteien nachzuzeichnen.

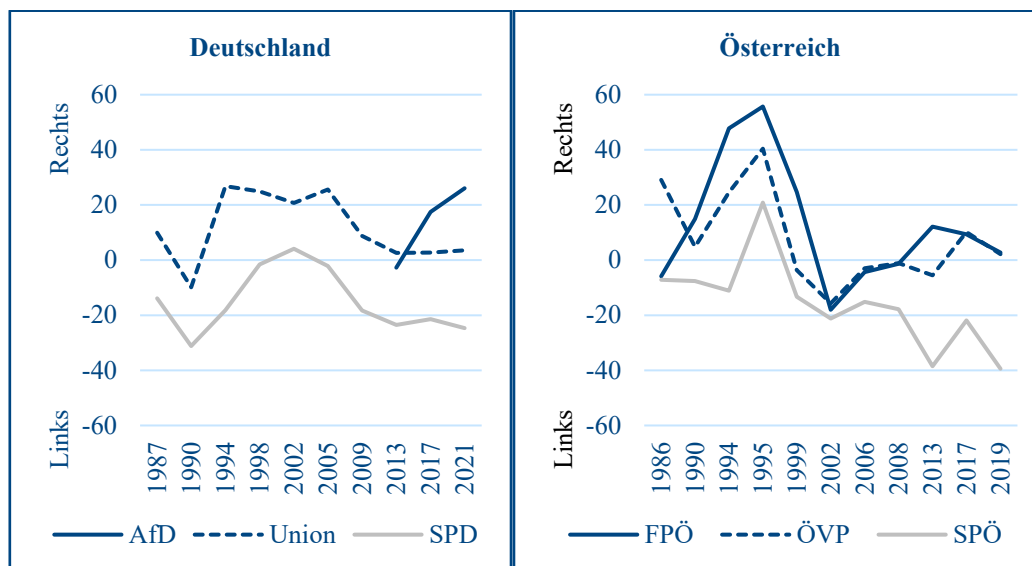
Um die Positionierung der AfD bzw. der FPÖ in den beiden Ländern besser einzuordnen zu können, sind in den folgenden Grafiken stets die konservativen/christdemokratischen sowie die sozialdemokratischen Parteien zusätzlich abgebildet, d.h. Union/ÖVP sowie SPD/SPÖ. Deren Positionen können als Referenzpunkt für eine Einschätzung der Programmatik der beiden rechtspopulistischen Parteien interpretiert werden.

Abbildung 2 zeigt die Bewegungen der Parteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Achse. Die verwendeten Daten basieren auf dem offiziellen Index des Manifesto-Projekts („RILE“), der dafür mehrere ökonomische und nicht-ökonomische („kulturelle“) Kategorien heranzieht und den Textanteil der linken Positionen vom Textanteil der rechten Positionen abzieht (Laver & Budge 1992). Im Extremfall können sich die Parteien in einem Wertebereich von -100 und 100 befinden. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn die für den Index erfassten Kategorien das gesamte Wahlprogramm ausmachen (also keine anderen Themen angesprochen wurden) und wenn bei allen erfassten Themen nur linke (-100) oder nur rechte (+100) Positionen vorliegen. Die folgende Abbildung orientiert sich an den tatsächlichen, also empirischen Befunden und weist einen Wertebereich von -60 bis +60 aus. Um einen direkten Vergleich der Länder zu ermöglichen, wird derselbe Zeitraum

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

ab Mitte der 1980er Jahre gezeigt, d.h. ab der Bundestagswahl 1987 (Deutschland) bzw. der Nationalratswahl 1986 (Österreich).

Abbildung 2 Allgemeine Links-Rechts-Positionen



Quelle: Manifesto-Projekt (Lehmann et al. 2023), Variable RILE (Standard Right-Left Scale)

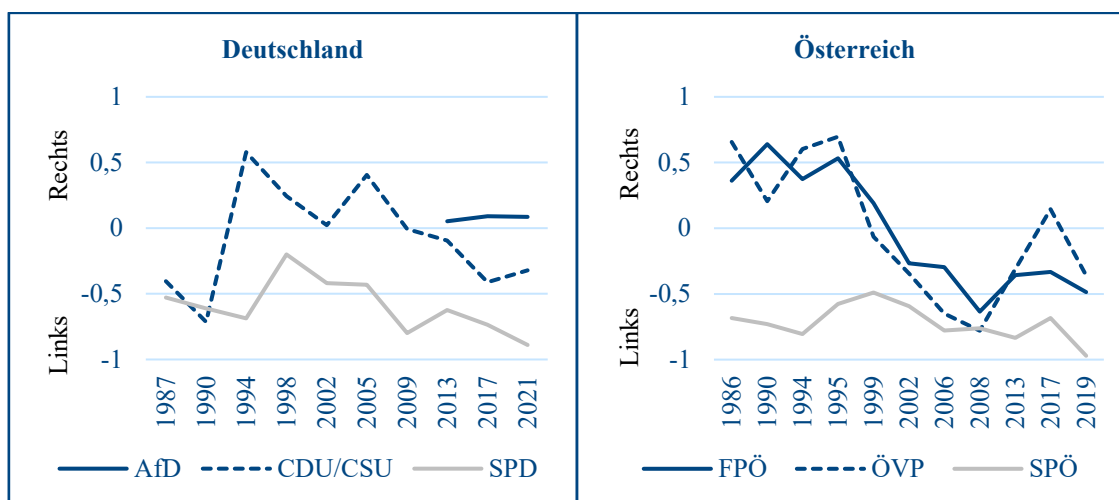
Der Vergleich der beiden Länder zeigt einige Unterschiede: Erstens bewegen sich die drei gezeigten deutschen Parteien in einem deutlich engeren Bereich des Links-Rechts-Spektrums. Zweitens haben die Unterschiede zwischen AfD und Union über Zeit zugenommen, wogegen FPÖ und ÖVP seit den 1990er Jahren ein überraschend ähnliches „Bewegungsmuster“ aufweisen. Bei den beiden jüngsten Wahlen (2017 und 2019) waren die beiden Parteien auf Basis dieser Messung nicht mehr unterscheidbar.

Der Nachteil der in Abbildung 2 verwendeten RILE-Formel liegt vor allem in der generellen Schwierigkeit, die programmatischen Positionen von Parteien auf einer einzigen Dimension abzubilden. Viele rechtspopulistische Parteien nehmen seit der Jahrtausendwende eher linke bzw. zentristische Positionen bei sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen ein – auch als Reaktion auf die veränderte Struktur ihrer Wählerschaft, die einen Rückgriff auf zuvor gehaltene neoliberale Positionen erschwert. Viele Autorinnen und Autoren sehen auch generell Defizite bei einer eindimensionalen Beschreibung des politischen Raums und erfassen diesen lieber mit zwei Dimensionen: einer ökonomischen und einer nicht-ökonomischen (bzw. kulturellen).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Auf Basis einer von Franzmann (2009) entwickelten Kategorisierung können die Daten des Manifesto-Projekts auch für die Berechnung zweier Links-Rechts-Dimensionen verwendet werden: einer ökonomischen und einer kulturellen. Zusätzlich sind die Werte auf einen Bereich von -1 (links) bis +1 (rechts) normiert, wobei die Position 0 für die politische Mitte steht. Da wir erneut die temporale Entwicklung der Parteien nachzeichnen, zeigen die beiden folgenden Abbildungen die Dimensionen getrennt in je einem Liniendiagramm. Abbildung 3 erfasst die ökonomischen Links-Rechts-Positionen der Parteien im Zeitverlauf.

Abbildung 3 Ökonomische Links-Rechts-Positionen



Quelle: Manifesto-Projekt (Lehmann et al. 2023), eigene Berechnung anhand des Systems von Franzmann (2009).

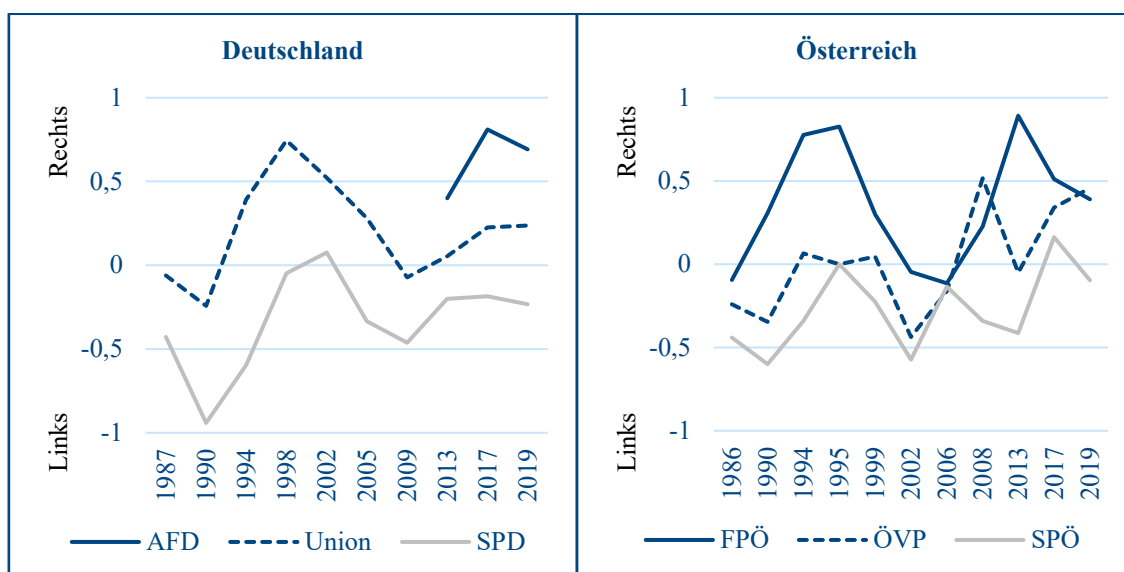
In beiden Ländern sind in den 1990er Jahren bei den konservativen Parteien weit rechtsstehende Positionen zu bemerken, d.h. Positionen, die als wirtschaftsliberal eingeordnet werden können. Bei der Union war dies v.a. 1990 nicht der Fall, wobei es offenbar einen Sondereffekt aufgrund der mit der Wiedervereinigung verbundenen Themenlandschaft gab. Zuletzt positioniert sich die Union deutlich links von der AfD, die bei den drei erfassten Wahlen eine sehr stabile Position auf dieser Konfliktdimension einnimmt. Anders ist die Situation in Österreich, wo die beiden erfassten rechten Parteien stark fluktuieren – aber in einem überraschend ähnlichen Muster. Die deutliche Verschiebung der FPÖ nach links widerspiegelt ihre weiter oben angesprochene Aufgabe neoliberaler Positionen und die Verknüpfung von

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

sozial- und migrationspolitischen Forderungen im Sinne eines Wohlfahrtschauvinismus (Ennser-Jedenastik 2016). Tatsächlich lautet seit 2005, dem Jahr der Parteispaltung von FPÖ und BZÖ, eine zentrale Selbstbeschreibung „soziale Heimatpartei“. Verglichen mit der AfD positioniert sich die FPÖ somit absolut gesehen links von der AfD, aber auch in Relation zur etablierten Mitte-Rechts-Partei.

Während bei ökonomischen Themen somit Unterschiede zwischen AfD und FPÖ bestehen, sollte ihr Profil bei den nicht-ökonomischen, den sogenannten „kulturellen“ Themen sehr ähnlich beschaffen sein. Abbildung 4 zeigt die Links-Rechts-Positionierung der Parteien in einem so definierten Politikraum seit Mitte der 1980er Jahre.

Abbildung 4 Kulturelle Links-Rechts-Positionen



Quelle: Manifesto-Projekt (Lehmann et al. 2023), eigene Berechnung anhand des Systems von Franzmann (2009).

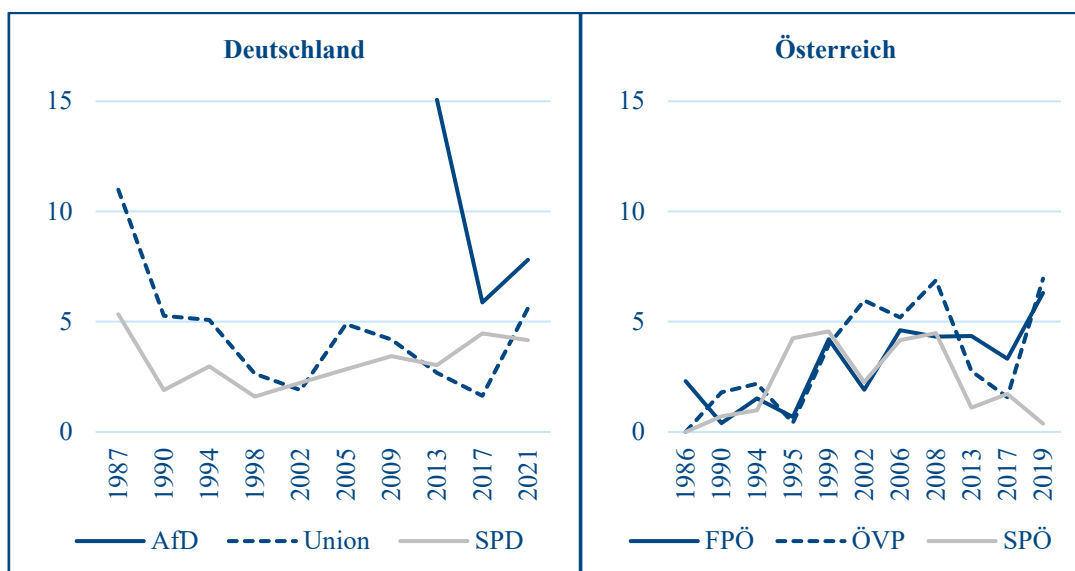
In Deutschland zeigt sich zunächst eine nahezu parallel verlaufende Entwicklung von SPD und Union. Die AfD positioniert sich seit 2013 mit deutlichem Abstand rechts außen. Die – deutlich längere – Entwicklung der FPÖ ist von Phasen der Radikalisierung und De-Radikalisierung geprägt. Vor allem in den 1990er Jahren grenzte sie sich stark von den übrigen Parteien ab. Zuletzt, d.h. bei den Nationalratswahlen 2017 und 2019, waren die programmatischen Unterschiede zur ÖVP jedoch minimal. Bei einem direkten Vergleich mit der AfD zeigt sich, abgesehen von 2013, jedoch erneut eine etwas gemäßigttere Positionierung der FPÖ.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Europa

Die bislang gezeigten Grafiken zeigten die Positionen der Parteien in abstrakten Parteienräumen. Die Daten des Manifesto-Projekts ermöglichen aber auch themenspezifische Aussagen – nicht zuletzt über die Bedeutung (Salienz), die Parteien einzelnen Issues zuordnen. Da die Datenlage bei den Themen Migration und Integration aufgrund des z.T. veralteten Kategoriensystems weniger gut ist (Lehmann & Zobel 2018), gehen wir hierbei nur auf das Thema Europa ein. Abbildung 5 vergleicht die Salienz des Themas Europa erneut seit Mitte der 1980er Jahre. Die angeführten Prozentwerte zeigen die Anteile der Wahlprogrammtexte, die diesem Thema gewidmet sind.

Abbildung 5 Salienz des Themas Europa (Prozentwerte)



Quelle: Manifesto-Projekt (Lehmann et al. 2023), Summe der Kategorien per108 (European Community/Union: Positive) und per110 (European Community/Union: Negative).

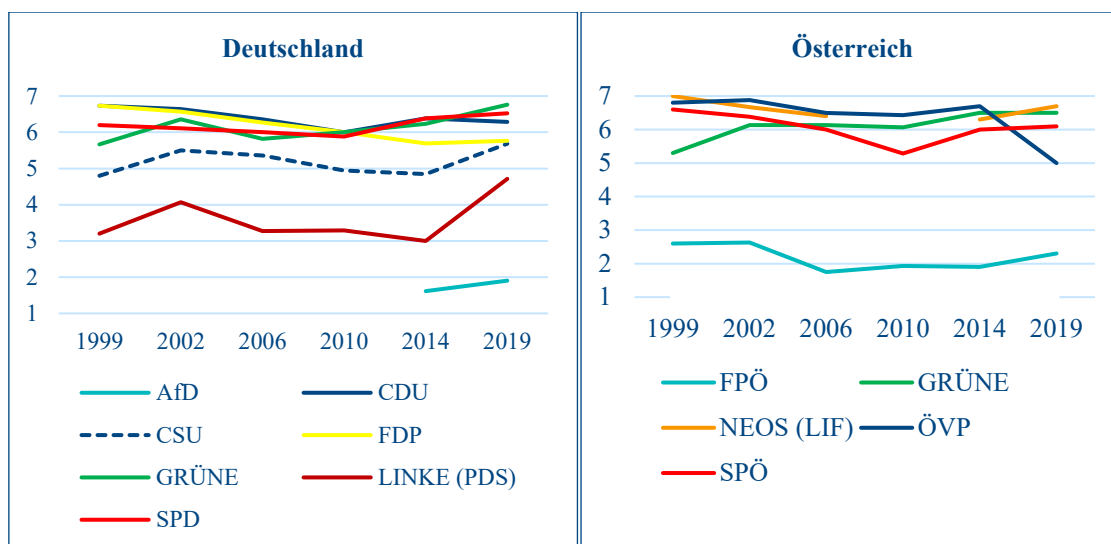
In den allermeisten Fällen liegen die Werte in beiden Ländern unter fünf Prozent. Tatsächlich ist Europa im Normalfall kein zentrales Thema des Parteienwettbewerbs. Die Entwicklung der AfD zeigt im Gegensatz dazu ihre anfängliche Rolle als in erster Linie integrations skeptische Kraft. 2013, bei ihrem ersten Antritt bei Bundestagswahlen, lag die Salienz mit über 15 Prozent deutlich über den Werten der anderen Parteien und gab ihr das Profil einer single-issue party. Dies hat sich jedoch 2017 und 2021 deutlich verändert. Auch für die FPÖ ist Euroskeptizismus seit den frühen 1990er Jahren

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

ein wichtiges programmatisches Merkmal, das sie von den anderen Parteien deutlich unterscheidet, doch nahm es nie eine derart zentrale Rolle ein. Die Salienzwerte der FPÖ liegen daher in den meisten Fällen nahe bei den übrigen österreichischen Parteien. Aufgrund der geringer gewordenen Salienz des Themas für die AfD stellt sich zuletzt eine Konvergenz der beiden rechtspopulistischen Parteien ein.

Auch die Berechnung der Position zur Europäischen Integration ist mit den Manifestodaten möglich, doch kommt es aufgrund der zumeist geringen Anzahl an Stellungnahmen in den Wahlprogrammen zu artifiziellen „Sprüngen“, wenn für die Berechnung der Position das Verhältnis von negativen und positiven Aussagen herangezogen wird. Wir greifen daher auf eine andere Methode und Datenquelle zurück, konkret auf Expertinnen- und Expertenbefragungen des Chapel-Hill-Projekts. Abbildung 6 zeigt die Positionen der aktuell in den beiden Parlamenten vertretenen Parteien seit 1999 auf einer Skala von 1 (contra EU) bis 7 (pro EU).

Abbildung 6 Positionen zum Thema Europa, 1999–2019 (Expertinnen- und Expertenbefragungen)



Quelle: 1999–2019 Chapel Hill Expert Survey trend file (Seth et al. 2022)

Die EU-Positionen der Parteien sind im erfassten Zeitraum von 1999 bis 2019 in beiden Ländern relativ stabil. Relevante Veränderungen zeigen sich jedoch bei der Linken in Deutschland, die sich zuletzt in Richtung pro-europäischer Positionen bewegt hat. In Österreich hat sich wiederum die ÖVP von der einst sehr starken pro-europäischen Position verabschiedet. AfD

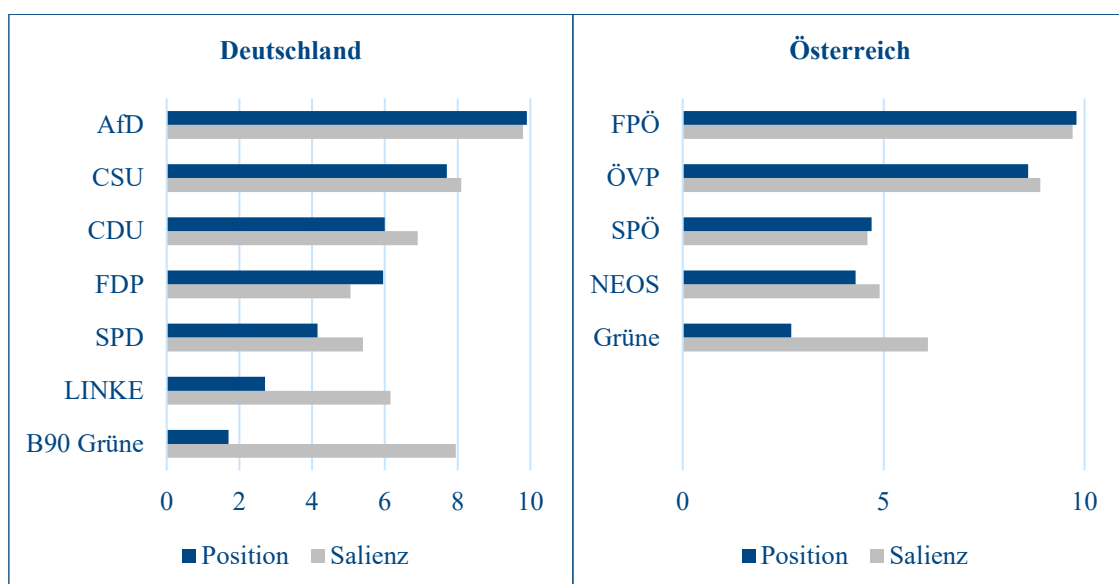
Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

und FPÖ positionieren sich sehr ähnlich, doch zeigt sich die unterschiedliche strategische Lage der beiden Parteien. Während die AfD in Deutschland mit der Linken über einen Mitbewerber ohne starke pro-europäische Haltung verfügt, ist die Situation in Österreich von einer klaren Zweiteilung des Parteiensystems geprägt, das der FPÖ ein Monopol auf europaskeptische Positionen gibt.

Migration

Mehr noch als Europa ist der Bereich Migration/Integration das wichtigste Thema in der Programmatik rechtspopulistischer Parteien. Abbildung 7 zeigt sowohl die Positionen, die Parteien zu diesem Thema einnehmen, als auch die Salienzen, die sie diesem Thema zuschreiben. Für beide Elemente des thematischen Parteienwettbewerbs wurde in der verwendeten Expertinnen- und Expertenbefragung eine Skala von 0 („strongly favors a liberal policy on immigration“ bzw. „no importance“) bis 10 („strongly favors a restrictive policy on immigration“ bzw. „great importance“) verwendet.

Abbildung 7 Positionen und Salienzen bei dem Thema Migration (Expertinnen- und Expertenbefragung)



Quelle: Chapel-Hill-Expertinnen- und Expertenbefragung 2019 (Bakker et al. 2020).

Anmerkung: Höhere Werte stehen für restriktivere Positionen bzw. eine größere Salienz.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Die Einschätzungen der Expertinnen und Experten geben ein klares Bild, da sie relativ zu den anderen Parteien der AfD und der FPÖ sowohl die restriktivsten Positionen als auch die größten Salienzwerte zuschreiben. Ferner sind die absoluten Werte der Einschätzungen nahezu identisch. Den positionellen Gegenpol bilden in beiden Ländern die Grünen, denen das Thema jedoch wichtiger ist als den übrigen linken bzw. liberalen Parteien. Einmal mehr zeigt sich schließlich eine größere programmatische Nähe zwischen konservativen und rechtspopulistischen Parteien in Österreich.

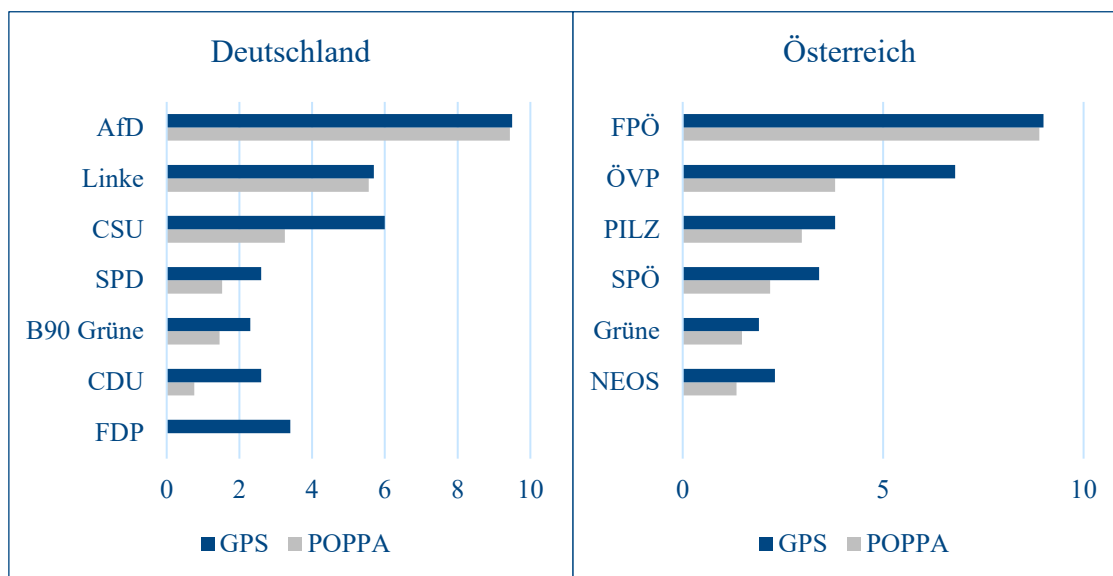
Populismus

Auch für die Einschätzung des Ausmaßes an populistischen Orientierungen wird in der vergleichenden Parteienforschung neben Inhaltsanalysen häufig auf Expertinnen- und Expertenbefragungen zurückgegriffen (Dolezal & Fölsch 2021). Typischerweise orientieren sich diese Befragungen an der seit einigen Jahren die Forschung dominierenden „ideational theory of populism“ (Hawkins et al. 2019; Mudde 2017). Dieser Ansatz begreift Populismus als eine spezifische ideologische Ausrichtung, die gegen liberale Elemente der Demokratie (Gewaltenteilung, Repräsentation etc.) gerichtet ist, ein starkes Misstrauen gegenüber politischen und anderen Eliten hegt und Politik insgesamt als einen manichäischen Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“ begreift.

Ein Blick auf ausgewählte Studien gibt einen eindeutigen und einheitlichen Befund bei der Einschätzung von AfD und FPÖ: The Populist (Rooduijn et al. 2023, 2024), ein Projekt, das Parteien stets dichotom (binär) einordnet, klassifiziert sowohl AfD als auch FPÖ als populistisch, extrem rechts („far right“ im Original) und euroskeptisch. Ähnlich ist das Ergebnis von Expertinnen- und Expertenbefragungen, die Parteien nicht binär klassifizieren, sondern das Ausmaß des Populismus auf einer Skala abbilden. Abbildung 8 zeigt Ergebnisse zweier solcher Befragungen, bei denen der Populismusgrad der Parteien auf einer Skala von 0 bis 10 eingeschätzt wurde. Die Reihung der Parteien orientiert sich an den etwas älteren POPPA-Daten.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Abbildung 8 Populismusgrad der Parteien in Deutschland und Österreich (Expertinnen- und Expertenbefragungen)



Quelle: GPS Global Party Survey (Norris 2020), POPPA Populist and Political Parties Expert Survey (Meijers & Zaslove 2021; Meijers & Zaslove 2020).

Anmerkung: GPS erfasst das Ausmaß einer pluralistischen (0) vs. populistischen Rhetorik (10). Die POPPA-Werte fassen die Einschätzungen des über mehrere Subdimensionen gemessenen Populismusgehalts zusammen.

Beide Expertinnen- und Expertenbefragungen reihen AfD bzw. FPÖ mit zu- meist deutlichem Abstand an erster Stelle und erneut sind die absoluten Skalenwerte der Einschätzungen nahezu identisch. Eine detaillierte Studie im Zusammenhang mit den populistischen Orientierungen der beiden Parteien zeigt jedoch, dass zwar beide Parteien für sich reklamieren, den Willen eines vermeintlich homogenen Volkes zu repräsentieren, das „Volk“ selbst dabei aber durchaus unterschiedlich definieren. So bezieht sich die AfD in ihren Parteiprogrammen explizit auf das deutsche Staatsvolk, das als stark beschrieben wird und sich mit dieser Stärke (z.B. durch direktdemokratische Elemente) gegen die Gängelung durch Eliten zur Wehr setzen muss. Im Kontrast dazu bleibt die Definition des Volkes bei der FPÖ (bewusst?) vage (d.h. es bleibt offen, wer letztendlich zum österreichischen Volk gehört) und es wird eher als Opfer beschrieben, dessen Identität und Wohlstand durch internationale wie nationale Kräfte bedroht ist und das unfair behandelt wird (Heinisch & Werner 2019).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Auffällig sind darüber hinaus einige abweichende Einschätzungen bei den „Populismusgraden“ der anderen Parteien: v.a. bei CSU und FDP bzw. bei der ÖVP. Für die österreichischen Konservativen spiegeln die unterschiedlichen Einschätzungen bis zu einem gewissen Grad die programmatische Entwicklung der Partei unter dem ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Sebastian Kurz wider. Die Ergebnisse des Global Party Survey (GPS) liegen deutlich über denen des POPPA-Projekts, doch wurden die GPS-Daten im November und Dezember 2019 erhoben, die POPPA-Daten rund ein- einhalb Jahre zuvor (April bis Juli 2018).

Grenzen der systematischen Erfassung programmatischer Positionen

Die Ergebnisse der Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen und verschiedener Expertinnen- und Expertenbefragungen zeigen, dass AfD und FPÖ ein ausgeprägtes programmatisches Profil besitzen, das auf der ökonomischen Dimension klare Unterschiede aufweist, bei kulturellen Themen und vor allem dem Grad des Populismus in Summe aber doch sehr ähnlich ist. Verglichen mit den übrigen Parteien, vor allem den etablierten konservativen Parteien, ist das Profil der AfD insgesamt noch radikaler als jenes der FPÖ.

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die hier gezeigten systematisch erhobenen Daten tatsächlich das „wahre“ Profil von Parteien abbilden. Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen erfassen den Inhalt offizieller Texte, die aber aus taktischen – und vielleicht auch aus juristischen Gründen – u.U. vorhandene radikalere Absichten bewusst verbergen. Sowohl die FPÖ als auch die AfD werden regelmäßig nicht (nur) für offiziell geäußerte Positionen, sondern für das Verhalten und für Äußerungen einzelner Vertreterinnen und Vertretern bzw. den Umgang der Partei mit diesen kritisiert. Dies könnte auch erklären, warum sich die weiter oben erwähnte, aus qualitativen Fallstudien abgeleitete Beobachtung einer zunehmenden Radikalisierung der FPÖ über Zeit hier nur bedingt beobachten lässt. Bei den Expertinnen- und Expertenbefragungen können diese Aspekte einfließen, es ist allerdings unklar, inwieweit die befragten Personen tatsächlich auch solche Gesichtspunkte in ihre Einschätzungen einfließen lassen.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Es ist also nicht auszuschließen, und wissenschaftlich mangels systematischer Daten letztendlich nicht endgültig zu beantworten, dass einzelne Aussagen oder Episoden bzw. ungewollt an die Öffentlichkeit gelangte Informationen in mancherlei Hinsicht ein valideres Bild der tatsächlichen programmatischen Ziele einer Partei zeichnen.

Im Falle der FPÖ wurde durch die Veröffentlichung des heimlich in Ibiza aufgenommenen Videos, das den damaligen Parteichef (und späteren Vizekanzler) Heinz-Christian Strache in einem Gespräch mit einer vermeintlichen russischen Oligarchenichte zeigte, etwa offenbart, welches Verhältnis der FPÖ-Chef zwischen Medien und Politik anstrebte. Seine Äußerungen über die Schaffung eines an das Vorbild des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán angelehnten, von der FPÖ gesteuerten Mediensystems offenbarte eine klare Abkehr von einem für eine liberale Demokratie notwendigen Verständnis der Rolle freier Medien (Obermaier & Obermayer 2019: 60–61).

Bei der AfD stellt sich die Frage, inwieweit die Einstufung als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ durch den Verfassungsschutz die Suche nach programmatischen Differenzen zu anderen Parteien letztlich bedeutungslos erscheinen lässt. Die oben diskutierten Veröffentlichungen der Rechercheplattform Correctiv über die Beteiligung von AfD-Vertreterinnen und AfD-Vertretern an rechtsextremen Strategietreffen sind ein weiteres Beispiel dafür, dass die Partei extremistische Orientierungen aufweist, die in den zuvor gezeigten Datenquellen nicht immer ausreichend erfasst sind.

4. Wählerinnen und Wähler

FPÖ und AfD unterscheiden sich auf Basis ihrer unterschiedlich langen Entwicklung, doch gehören sie derselben rechtspopulistischen Parteienfamilie an. Bei einem Blick auf die Sozialstruktur und die Einstellungen ihrer Wählerinnen und Wähler richtet sich der Fokus auf folgende Fragen: Welche Unterschiede bestehen zwischen den beiden Parteien und inwieweit korrespondiert das Einstellungsprofil der Wählerinnen und Wähler mit dem im vorherigen Abschnitt analysierten programmatischen Angebot der Parteien? Der Fokus auf die Wählerinnen und Wähler ist nicht nur die logische

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Ergänzung einer Analyse der Parteiprogrammatik. Er gibt auch Ausblick auf die mögliche weitere Entwicklung der Parteien, die sich nicht zu weit von ihren Wählerinnen und Wählern entfernen wollen.

In einer vergleichenden, über die hier untersuchten Fälle der AfD und der FPÖ hinausgehenden Perspektive werden verschiedene theoretische Erklärungsmodelle für die Wahl rechtspopulistischer Parteien in der Literatur genannt. Besonders relevant, auch für die vorliegende Studie, sind vor allem drei Ansätze – wobei Überschneidungen bestehen: Die These der Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierer verweist auf soziale Ungleichheit und damit verbundene Einstellungen gegenüber unterschiedlichen ökonomischen und politischen Öffnungs- und Integrationsprozessen, von denen v.a. Menschen mit geringerer Bildung weniger profitieren (Kriesi et al. 2006, 2008). Eine andere These fokussiert sich vor allem auf kulturelle Fragen und sieht den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien im Zusammenhang mit einem kulturellen Backlash, also einer Absage an den (progressiven) Wertewandel seit den 1960er und 1970er Jahren (Ignazi 1992; Norris & Inglehart 2019). Eine dritte Denkschule betont antidemokratische Einstellungen oder auch den Populismus als treibendes Motiv. Andere, etwa psychologische Faktoren, werden in der vorliegenden Studie bewusst vernachlässigt, da sie weniger gut mit dem programmatischen Angebot der Parteien verbunden werden können. Lindholm et al. (2024) verwiesen zuletzt etwa auf die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als zentralen Faktor für die Wahl rechtspopulistischer Parteien.

Auf Basis der unterschiedlichen theoretischen Erklärungsansätze verweist die vergleichende Literatur zu rechtspopulistischen Parteien auf einige typische Gemeinsamkeiten der Wählerinnen und Wähler: im Hinblick auf die Sozialstruktur etwa auf die überdurchschnittlichen Erfolge bei männlichen Wählern, bei Wählerinnen und Wählern mit geringerer formaler Bildung und – damit verbunden – bei Verliererinnen und Verlierern der ökonomischen Entwicklung, etwa der Globalisierung. Einige jüngere Arbeiten verweisen jedoch u.a. auf die sinkende Bedeutung des Gender Gaps, d.h. eine zunehmend kleiner werdende Differenz bei männlichen und weiblichen Wählerinnen und Wählern (Chueri & Damerow 2023). Im Hinblick auf das Einstellungsprofil der Wählerinnen und Wähler und die Bedeutung verschiedener Themen wird durchgehend auf das Thema Migration verwiesen. Weitere wichtige Punkte sind eine Gegnerschaft bzw. ein Skeptizismus gegenüber der europäischen Integration. Und nicht zuletzt weisen Wählerinnen und Wähler dieser Parteien stärkere populistische Einstellungen auf.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

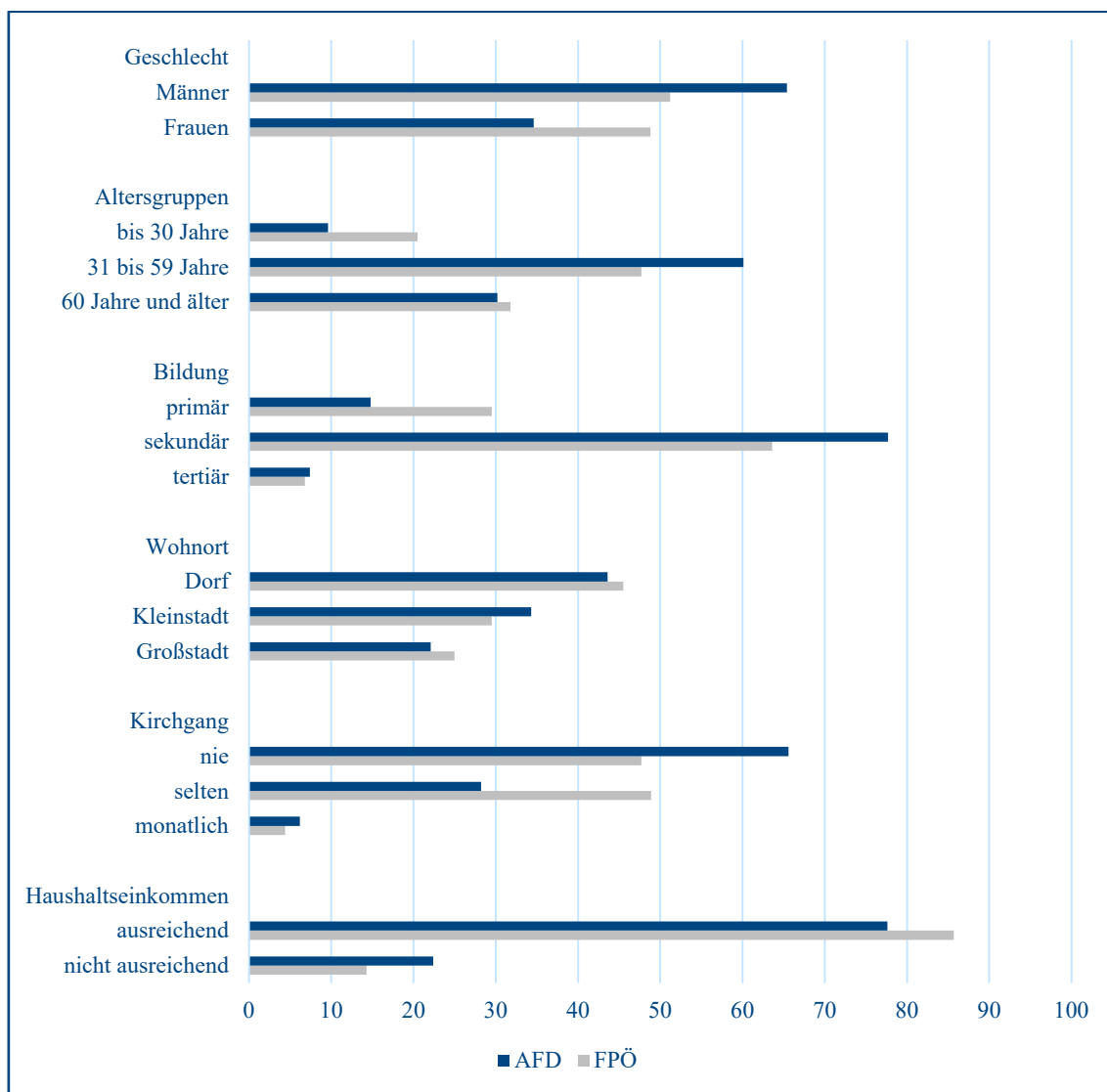
Studien, die sich auf einen direkten Vergleich von AfD und FPÖ fokussieren, liegen bislang nur in einem sehr beschränkten Ausmaß vor. Partheymüller und Walter (2023) betonen etwa drei zentrale Aspekte: Anti-Migration, ökonomischen Pessimismus und Populismus. Leichte Unterschiede sehen sie beim Faktor ökonomischer Pessimismus, da dieser in Österreich relevanter sei.

Mit Hilfe des European Social Survey, einer seit 2002 alle zwei Jahre in Europa durchgeführten sozialwissenschaftlichen Befragung, ist es möglich, einen aktuellen, vergleichenden Blick auf das Profil der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ zu werfen. Die jüngste, zehnte Welle dieser Umfrage wurde während der Corona-Pandemie durchgeführt, weshalb sowohl in Deutschland als auch in Österreich die sonst üblichen Face-to-Face-Interviews durch eine Onlinebefragung ersetzt werden mussten. Die in den folgenden Analysen verwendeten Variablen können zwei Bereichen zugeordnet werden: Zunächst geht es um das soziodemografische Profil der AfD- bzw. FPÖ-Wählerinnen und Wähler, danach um ihre Einstellungen. Für das soziodemografische Profil werden u.a. Alter, Geschlecht und Bildung herangezogen. Auf eine nähere Analyse der Klassenstruktur bzw. des beruflichen Hintergrunds der Wählerinnen und Wähler (Oesch 2006, 2013) muss aufgrund der geringen Fallzahl in Österreich verzichtet werden. Bei den Einstellungsvariablen können jedoch alle aus der Literatur genannten relevanten Bereiche abgedeckt werden.

Abbildung 9 vergleicht zunächst ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale der Wählerinnen und Wähler der beiden Parteien. Zusätzlich sind deren Angaben zur Häufigkeit des Kirchgangs angeführt. Letzteres erfasst nicht nur das Ausmaß religiöser Orientierungen, sondern vor allem auch die Einbettung in religiöse Organisationen als Form sozialer Integration. Die gezeigten Prozentwerte beziehen sich auf die untersuchten Parteien. Es handelt sich um „Strukturdaten“, die sich pro Merkmal bei jeder Partei auf 100 Prozent summieren.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Abbildung 9 Soziodemografisches Profil der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ – Prozentwerte (Strukturdaten)



Quelle: ESS 10

Variablen (ESS-Bezeichnung): Geschlecht (gndr), Altersgruppen (agea), Bildung (eisced), Wohnort (domicil), Kirchgang (rlgatnd), Haushaltseinkommen (hincfel).

Anmerkung: Daten sind gewichtet (anweight)

Die in Abbildung 9 gezeigten Strukturdaten zum soziodemografischen Profil der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ zeigen zunächst einen deutlichen Gender Gap bei der AfD, wogegen dieser in Österreich (nahezu) verschwunden ist: Während 65,4 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler Männer sind, sind es bei der FPÖ nur 51,2 Prozent. Unterschiede gibt es auch bei der Altersverteilung der Wählerinnen- und Wähler, da deutlich

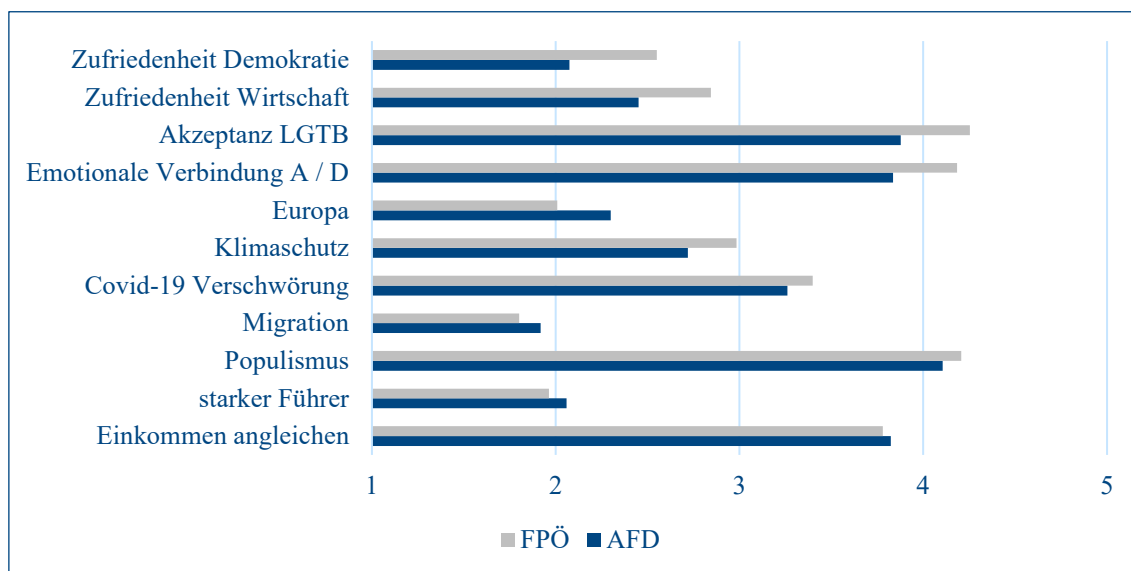
Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

mehr FPÖ-Wählerinnen und -Wähler unter 30 sind, wogegen die mittlere Altersgruppe der 31- bis 59-Jährigen für die AfD relevanter ist. Sehr ähnlich sind die Anteile der ältesten Gruppe. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Bildungsgruppen, bei denen die Wählerinnen und Wähler mit einem Pflichtschulabschluss das Profil der FPÖ-Wählerinnen und -Wähler deutlich stärker prägen als bei der AfD. Umgekehrt ist es bei sekundären Abschlüssen, wohingegen Wählerinnen und Wähler mit einem universitären Abschluss in beiden Parteien eine ähnlich kleine Gruppe ausmachen. Recht ähnlich ist das Profil der Wählerinnen und Wähler beider Parteien auf Basis des Wohnortes. Deutliche Unterschiede gibt es beim Kirchgang: Während die regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgänger¹⁴ nur eine kleine Gruppe in beiden Parteien ausmachen, ist der Anteil der „seltenen“ Kirchgängerinnen und Kirchgänger bei der FPÖ deutlich größer als in der AfD. Das eigene Haushaltseinkommen bewerten beide Gruppen zum großen Teil als ausreichend, noch etwas höher ist dieser Anteil bei der FPÖ.

Neben sozialstrukturellen Charakteristika beeinflussen viele andere Faktoren das Wahlverhalten. Um einen direkten Vergleich mit dem programmatischen Angebot der beiden Parteien herstellen zu können, fokussieren wir uns im vorliegenden Abschnitt bewusst auf Einstellungsfragen und gehen daher u.a. nicht auf verschiedene psychologische Faktoren (u.a. interne und externe politische Wirksamkeit [internal und external political efficacy], politisches Interesse etc.) ein. Abbildung 10 zeigt die Mittelwerte der beiden Parteiwählergruppen bei elf Einstellungsfragen. Die Antwortskalen wurden – wenn nötig – auf einen gemeinsamen Wertebereich von 1–5 vereinheitlicht. Die Items sind absteigend nach der Differenz der Einstellungen zwischen den beiden Parteien gereiht. Bei den oben gezeigten Items bestehen daher – wenngleich zumeist geringe – Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Abbildung 10 Einstellungsprofil der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ:
Mittelwerte auf einer Skala von 1–5



Quelle: ESS 10

Variablen (ESS-Bezeichnung): Zufriedenheit Demokratie (stfдем), Zufriedenheit Wirtschaft (stfeco), Akzeptanz LGTB (freehms), Emotionale Verbindung A / D (atчctr), Europa (euftf), Klimaschutz (wrclmch), Covid-19-Verschwörung (gvconc19), Migration (imwbcnt), Populismus (viepol, wpestop), starker Führer (accalaw), Einkommen angleichen (gincdif). Die Antwortskalen wurden auf den Bereich 1–5 vereinheitlicht; in einigen Fällen wurde die Richtung der Skalierung gedreht.

Anmerkung: Die Daten sind gewichtet (anweight)

Die elf Einstellungsvariablen zeigen grundsätzlich große Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Wählergruppen auf, dennoch gibt es einige, wenngleich durchwegs nicht sehr stark ausgeprägte Differenzen. Die nach dem Ausmaß der (absoluten) Unterschiede gereihten Variablen zeigen, dass FPÖ-Wählerinnen und FPÖ-Wähler mit dem Zustand sowohl der Demokratie als auch der Wirtschaft im eigenen Land zufriedener sind als die AfD-Wählerinnen und -Wähler, eine größere Akzeptanz gegenüber Homosexuellen aufweisen und über eine größere emotionale Verbindung zum eigenen Land verfügen. Bei diesen Items liegen die Mittelwertunterschiede bei rund 10 Prozent der Skalenlänge oder gehen darüber hinaus. Kleinere Unterschiede gibt es bei dem Thema Europa, bei dem die Wählerinnen und Wähler der FPÖ etwas weniger skeptisch auftreten, und beim Klimawandel, der von den AfD-Wählerinnen und -Wählern noch weniger häufig als Bedrohung gesehen wird. Bei den übrigen Themen – Glaube an Covid-19-Verschwörungserzählungen, Migration, Populismus, Präferenz für einen „starken Führer“ und

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

der Forderung nach Maßnahmen zur Angleichung von Einkommensdifferenzen – sind die Unterschiede hingegen marginal.

Die bislang gezeigten Vergleiche vernachlässigen jedoch den Kontext: So kann etwa die deutlich größere Häufigkeit des Kirchgangs bei den FPÖ-Wählerinnen und -Wählern eine Konsequenz der in Österreich größeren Bedeutung der Religion sein – und im österreichischen Kontext wenig zum Profil der FPÖ-Wählerschaft beitragen. Offen ist auch, wie die beiden Mittelwerte bei dem letztlich anti-demokratischen Wunsch nach einem starken Führer zu bewerten sind.

Relevanter als ein direkter Vergleich des soziodemografischen Profils sowie des Einstellungsprofils der beiden Gruppen ist daher die Frage, bei welchen Faktoren sich die Wählerinnen und Wähler der beiden Parteien von den anderen Wählerinnen und Wählern in Deutschland bzw. Österreich unterscheiden. Mit Hilfe zweier logistischer Regressionen (siehe Anhang) wurden daher im folgenden Schritt die Wählerinnen und Wähler von AfD bzw. FPÖ mit den übrigen Wählerinnen und Wählern verglichen. Das erste Modell bezieht sich dabei allein auf sozialstrukturelle Faktoren (einschließlich Kirchgang) und zeigt, welche dieser Faktoren die Wahrscheinlichkeit die AfD bzw. die FPÖ zu wählen bei einer gleichzeitigen Einbeziehung aller Variablen erhöht oder reduziert. Analog zu den zuvor gezeigten bivariaten zeigt auch die multivariate Analyse u.a. die signifikant geringere Bereitschaft von Frauen, die AfD zu wählen – nicht aber die FPÖ. Wählerinnen und Wähler mit universitären Bildungsabschlüssen sind in beiden Ländern weniger dazu geneigt AfD bzw. FPÖ zu wählen, ähnlich ist das Bild bei regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern. Über Probleme mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen berichten im Gegensatz dazu in erster Linie Wählerinnen und Wähler der AfD.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Das zweite Modell berücksichtigt zusätzlich Einstellungsdaten. Dies führt bei den sozialstrukturellen Faktoren häufig zu einem Verlust bei der Signifikanz der Einflusskräfte. Dazu kommt, dass auch die – für Deutschland deutlich höhere – Fallzahl die Signifikanz von Einflussfaktoren beeinflusst. Dennoch zeigen die Ergebnisse bei den Einstellungen, die zur Wahl von AfD bzw. FPÖ beitragen, prägnante Gemeinsamkeiten – aber auch einige Unterschiede. Restriktive Positionen bei den Themen Migration und Europäische Integration sowie weniger Sorge im Zusammenhang mit Fragen des Klimaschutzes sind die großen Gemeinsamkeiten der beiden Gruppen. Interessant ist die Differenz bei der Akzeptanz von Homosexualität, bei der nur AfD-Wählerinnen und -Wähler signifikant konservativere Einstellungen als die übrigen Parteiwählerinnen und -wähler aufweisen. Die (Un-)Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation des Landes ist in beiden Ländern kein relevanter Einflussfaktor, die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie allein in Deutschland. Bei AfD-Wählerinnen und -Wählern kommt dazu noch die Akzeptanz für einen starken Führer hinzu, wohingegen populistische Einstellungen in beiden Ländern positiv mit der Wahl der beiden Parteien assoziiert sind. Die emotionale Verbundenheit mit dem eigenen Land ist in Deutschland ein signifikanter Einflussfaktor, nicht jedoch in Österreich. Andererseits ist der Glaube an Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit Covid-19 allein in Österreich ein signifikanter Einflussfaktor. Letzteres mag daran liegen, dass die FPÖ während der Pandemie eine stärkere Rolle bei den Protesten gegen die Maßnahmen gespielt hat als die AfD.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

5. Zusammenfassung

AfD und FPÖ weisen trotz ihrer unterschiedlich langen Geschichte sehr ähnliche Muster in ihrer Entwicklung auf. Wirtschaftsliberale Elemente wurden in beiden Parteien weitgehend zugunsten einer genuin rechtspopulistischen Ausrichtung aus der Partei gedrängt. Die in beiden Parteien danach immer wieder auftretenden Konflikte zwischen gemäßigeren und radikaleren Flügeln haben ebenfalls stets mit dem Sieg letzterer und somit in einer weiteren Radikalisierung gemündet, was – wie auch die letzten Wahlen in Deutschland und Österreich gezeigt haben – den wahlpolitischen Erfolg in beiden Fällen jedoch bisher nicht gebremst hat. Schließlich unterscheiden sich die Parteien auch hinsichtlich ihrer Kernthemen kaum, und auch ihre Wählerinnen und Wähler zeigen sehr ähnliche Muster, wenngleich jene der AfD kulturell etwas konservativer und stärker protestorientiert sind, und auch der Gendergap in dieser Partei stärker ausgeprägt ist.

In Summe erscheint die FPÖ, wohl auch wegen ihrer längeren Geschichte, als Partei gegenwärtig eine Stufe homogener, stabiler und „gereifter“. Erstens waren Lagerkonflikte zuletzt deutlich schwächer ausgeprägt als in der AfD. Zweitens ist die in der AfD beim jüngsten Parteitag 2024 erneut geführte Debatte Fundamentalopposition vs. Regierungsbeteiligung bei der FPÖ längst entschieden. Drittens sind in der AfD die regionalen Unterschiede (sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf Wahlergebnisse) deutlich stärker ausgeprägt, während viertens die Unterschiede zwischen Partei und Wählerinnen und Wählern in ökonomischen Fragen (aber z.B. auch bei Covid-19) bei der AfD größer sind als bei der FPÖ.

Insgesamt kann die AfD als radikaler eingestuft werden. Dies gilt im Hinblick auf ihre inhaltlichen Positionen auf der kulturellen Links-Rechts-Achse, aber auch bezüglich der personellen wie organisatorischen Nähe der beiden Parteien zum manifesten Rechtsextremismus. Während sich diese Nähe bei der FPÖ vor allem durch individuelle Kontakte zu oder individuelle Mitgliedschaften in als rechtsextrem eingestuften Organisationen zeigt, gelten bei der AfD laut Verfassungsschutz ganze Landesverbände oder einzelne Parteiflügel selbst als rechtsextrem – und die Bundespartei zumindest als Verdachtsfall. Auch innerhalb des Parteiensystems nimmt die AfD eine radikalere Position im Vergleich zu anderen Parteien ein, was auch in den unterschiedlichen Positionen von CDU und ÖVP begründet ist. Letztere hat sich der FPÖ auf der kulturellen Konfliktdimension insgesamt sowie bei deren

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Kernthemen Migration (stark) und EU (teilweise) angenähert. Ansätze in diese Richtung sind zuletzt aber auch bei der CDU (und noch stärker bei der CSU) zu beobachten.

Deutliche Unterschiede findet man auch im Umgang der anderen Parteien mit der AfD und der FPÖ. Während in Deutschland der Cordon Sanitaire gegenüber der AfD bis auf punktuelle Kooperationen bisher weitgehend gehalten hat, war er in Österreich gegenüber der FPÖ von Beginn an durchlässig und brach spätestens mit der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition 2000 endgültig zusammen. Auch nach der neuerlichen Radikalisierung der FPÖ unter Parteichef Kickl schließt die ÖVP aktuell zwar eine Koalition mit diesem, nicht aber mit der FPÖ selbst aus.

Seriöse Schlüsse darüber, welche Strategie aus Sicht der übrigen Parteien in Summe erfolversprechender ist, lassen sich aus der Analyse nur dieser beiden Fälle nicht ziehen. Es zeigt sich aber, dass in Österreich weder die inhaltliche Annäherung an Positionen der FPÖ noch ihre Einbindung in Regierungsverantwortung eine nachhaltige Schwächung bzw. Mäßigung der Partei zur Folge hatte. Umgekehrt konnte aber auch der klare Ausschluss einer systematischen Zusammenarbeit mit der AfD in Deutschland bei zuletzt ebenso schrittweiser Annäherung in der Migrationspolitik deren Aufstieg bisher nicht verhindern.

In Anbetracht der jüngsten Erfolge der AfD insbesondere bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen bei gleichzeitigen Erfolgen des Bündnis Sahra Wagenknecht als migrationskritische, aber ökonomisch links positionierte Abspaltung der Linkspartei, stellt sich zudem die Frage, inwieweit bzw. wie lange die bisherige Abgrenzung in Deutschland auch in Zukunft halten wird. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie legen nahe, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD im Vergleich zur FPÖ sowohl schwieriger als auch umstrittener wäre. Erstens ist die AfD inhaltlich und personell eine Stufe radikaler als die FPÖ. Zweitens ist zumindest Stand heute die „Hauptkandidatin“ für derartige Kooperationen, die CDU, in kulturellen Fragen deutlich weniger rechts positioniert als die ÖVP. Drittens erhöhen nicht zuletzt auch die großen regionalen Unterschiede bzgl. Erfolg und Radikalisierung bei der AfD das Konfliktpotential, da sowohl die elektoralen Anreize als auch die faktische Notwendigkeit einer Kooperation mit ihr zwischen Ost- und Westdeutschland stark divergieren

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

6. Endnoten

¹ Die Autoren bedanken sich bei Benjamin Höhne für eine Reihe wertvoller Kommentare und Hinweise – sowohl allgemein als auch insbesondere im Hinblick auf Deutschland bzw. die AfD.

² Der nach der Europawahl gegründeten Nachfolgefraktion, den Patrioten für Europa, trat die AfD – wohl aufgrund des Konflikts mit Le Pens RN – nicht bei, sondern bildete mit anderen Parteien die neue Fraktion Europa der Souveränen Nationen.

³ Vgl. Der Standard (9.6.2021) <https://www.derstandard.at/story/2000127277844/identitaere-fuer-kickl-unterstuetzenswertes-projekt>, Zugriff am 25.6.2024.

⁴ Vgl. Österreichisches Bundesministerium für Inneres <https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/eu/>, Zugriff am 26.6.2024.

⁵ Infratest dimap (2024) <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>, Zugriff am 28.6.2024.

⁶ Deutsche Bundeswahlleiterin (2024) <https://bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html>, Zugriff am 28.6.2024.

⁷ Correctiv (2024) <https://correctiv.org/aktuelles/neurechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, Zugriff am 30.7.2024.

⁸ Deutschlandfunk (17.5.2024) <https://www.deutschlandfunk.de/intensive-ermittlungen-gegen-afd-politiker-dlf-c4506a2d-100.html>, Zugriff am 30.7.2024.

⁹ Bundesministerium für Inneres Österreich (2023) https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/180_2024_VSB_2023_V20240517_BF.pdf, Zugriff am 28.6.2024

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

¹⁰ Bundesministerium des Innern und Heimat (2023) https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=16, Zugriff am 24.6.2024.

¹¹ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020) https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=9, Zugriff am 24.6.2024.

¹² Augsburgener Allgemeine (12.3.2024) <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/afd-landesverbaende-wo-gelten-sie-als-gesichert-rechts-extrem-id69576376.html>, Zugriff 24.6.2024.

¹³ Der Standard (23.5.2024) <https://www.derstandard.at/story/3000000221314/extrem-rechte-id-fraktion-im-eu-parlament-will-afd-ausschliessen>, Zugriff am 24.6.2024.

¹⁴ Aufgrund zu geringer Fallzahlen bei den wöchentlichen (oder noch häufigeren) Kirchgängerinnen und Kirchgängern wurden auch Personen dazugezählt, die mindestens einen Gottesdienst monatlich besuchen.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

7. Literatur

Art, David (2007) Reacting to the Radical Right. Lessons from Germany and Austria. In: *Party Politics* 13(3), S. 331-349.

Art, David (2018) The AfD and the end of containment in Germany? In: *German Politics and Society* 36(2), S. 76-86.

Arzheimer, Kai (2015) The AfD: finally a successful right-wing populist Eurosceptic party for Germany? In: *West European Politics* 38(3), 535-556.

Arzheimer, Kai & Carl C. Berning (2019) How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. In: *Electoral Studies* 60, 102040.

Bakker, Ryan, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen & Milada Vachudova (2020) 2019 Chapel Hill Expert Survey. Version 2019.1. Available on chesdata.eu, Chapel Hill, NC: University of North Carolina, Chapel Hill.

Budge, Ian & Dennis Farlie (1983) Party Competition – Selective Emphasis or Direct Confrontation? An Alternative View with Data. In: Hans Daalder & Peter Mair (Hg.) *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London: Sage Publications, S. 267-305.

Chueri, Juliana & Anna Damerow (2023) Closing the gap: How descriptive and substantive representation affect women's vote for populist radical right parties. In: *West European Politics* 46(5), S. 928-946.

Decker, Franz (2016) Die ‚Alternative für Deutschland‘ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Andreas Häusler (Hg.) *Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden: Springer, S. 7-23.

Dolezal, Martin, Laurenz Ennser-Jedenastik, Wolfgang C. Müller & Anna Katharina Winkler (2014) How parties compete for votes: A test of saliency theory. In: *European Journal of Political Research* 53(1), S. 57-76.

Dolezal, Martin & Marco Fölsch (2021) Researching Populism quantitatively: Indicators, Proxy Measures and Data Sets. In: Reinhard Heinisch, Christina

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Holtz-Bacha & Oscar Mazzoleni (Hg.) Political Populism. A Handbook. 2nd Edition, Baden-Baden: Nomos, S. 177-189.

Ennser-Jedenastik, Laurenz (2016) A welfare state for whom? A group-based account of the Austrian Freedom Party's social policy profile. In: Swiss Political Science Review 22(3), S. 409-427.

Ennser-Jedenastik, Laurenz (2019) Von der Fundamentalopposition auf die Regierungsbank: Die FPÖ unter Heinz-Christian Strache. In: Emmerich Tálos (Hg.) Die schwarz-blaue Wende in Österreich: eine Bilanz, Münster: LIT Verlag, S. 29-48

Franzmann, Simon T. (2009) The change of ideology: how the left-right cleavage transforms into issue competition; an analysis of party systems using party manifesto data. Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Köln: Universität Köln.

Franzmann, Simon T. (2016) Calling the ghost of populism: The AfD's strategic and tactical agendas until the EP election 2014. In: German Politics 25(4), S. 457-479.

Hawkins, Kirk A., Ryan E. Carlin, Levente Littvay & Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.) (2019) The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis. London: Routledge.

Heinisch, Reinhard (2003) Success in opposition–failure in government: explaining the performance of right-wing populist parties in public office. In: West European Politics, 26(3), S. 91-130.

Heinisch, Reinhard, Franz Fallend & Fabian Habersack (2021) Austria. In: Daniele Albertazzi & Davide Vampa (Hg.) Populism and New Patterns of Political Competition in Western Europe, London: Routledge, S. 73-91.

Heinisch, Reinhard & Kristina Hauser (2016) The Mainstreaming of the Austrian Freedom Party: The More Things Change... . In: Tjitske Akkerman, Sarah de Lange & Matthijs Rooduijn (Hg.) Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Into the Mainstream? London: Routledge, S. 46–62.

Heinisch, Reinhard & Diana L. Hofmann (2023) The Case of the Austrian Radical Right and Russia During the War in Ukraine. In: Gilles Ivaldi & Emilia

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Zankina (Hg.) *The Impacts of the Russian Invasion of Ukraine on Right-Wing Populism in Europe*, Brüssel: European Center for Populism Studies, S. 33-45.

Heinisch, Reinhard & Annika Werner (2019). Who do populist radical right parties stand for? Representative claims, claim acceptance and descriptive representation in the Austrian FPÖ and German AfD. In: *Representation* 55(4), S. 475-492.

Heinze, Anna-Sophie (2022) Dealing with the populist radical right in parliament: mainstream party responses toward the Alternative for Germany. In: *European Political Science Review* 14(3), S. 333-350.

Heinze, Anna-Sophie (2023) Die AfD im Wahljahr 2021: Etablierung trotz Radikalisierung? In: Uwe Jun & Oskar Niedermayer (Hg.) *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021: Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 181-200.

Hooghe, Liesbet, Gary Marks & Carole J. Wilson (2004) Does left/right structure party positions on European integration? In: Gary Marks & Marco R. Steenbergen (Hg.) *European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 120-140.

Huber, Robert & Eric Miklin (2020) Aus Fehlern gelernt? Das Verhältnis zwischen den FPÖ Landesgruppen und der Bundespartei im Vergleich Schwarz-Blau und Türkis-Blau. In: Christian Dirninger, Reinhard Heinisch, Robert Kriechbaumer & Franz Wieser (Hg.) *Salzburger Jahrbuch für Politik 2020*, Wien: Böhlau, S. 149-175.

Ignazi, Piero (1992) The silent counter-revolution. Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe. In: *European Journal of Political Research* 22(1), S. 3-34.

Kleinert, Hubert (2018) *Eine kurze Geschichte der AfD. Die AfD und ihre Mitglieder: Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Krause, Werner, Denis Cohen & Tarik Abou-Chadi (2023) Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. In: *Political Science Research and Methods* 11(1), S. 172-179.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier & Timotheos Frey (2006) Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. In: *European Journal of Political Research* 45(6), S. 921-956.

Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier & Timotheos Frey (2008) *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press.

Laver, Michael & Ian Budge (1992) Measuring Policy Distances and Modeling Coalition Formation. In: Michael Laver & Ian Budge (Hg.) *Party Policy and Government Coalitions*, New York: St. Martins Press, S. 15-40.

Lehmann, Pola, Simon Franzmann, Tobias Burst, Sven Regel, Felicia Riethmüller, Andrea Volkens, Bernhard Weßels & Lisa Zehnter (2023) *The Manifesto Data Collection*. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2023a. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Göttingen: Institut für Demokratieforschung (IfDem).
<https://doi.org/10.25522/manifesto.mpps.2023a>.

Lehmann, Pola & Malisa Zobel (2018) Positions and saliency of immigration in party manifestos: A novel dataset using crowd coding. In: *European Journal of Political Research* 57(4), S. 1056-1083.

Liegl, Barbara (2006) Kleinparteien. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller & Emmerich Tálos (Hg.) *Politik in Österreich: Das Handbuch*, Wien: Manz, S. 402-411.

Lindholm, Annika, Georg Lutz & Eva GT Green (2024) Life Dissatisfaction and the Right-Wing Populist Vote: Evidence from the European Social Survey. In: *American Behavioral Scientist* online first.

Luther, Kurt Richard (2006). Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller & Emmerich Tálos (Hg.) *Politik in Österreich: Das Handbuch*, Wien: Manz, S. 364-388.

Mauthausen Komitee Österreich (2017) *Lauter Einzelfälle? Die FPÖ und der Rechtsextremismus*. Wien: ÖGB Verlag.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Meguid, Bonnie M. (2005) Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. In: *American Political Science Review* 99(3), S. 347-359.

Meguid, Bonnie M. (2008) *Party Competition between Unequals. Strategies and Electoral Fortunes in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.

Meijers, Maurits & Andrej Zaslove (2020) *Populism and Political Parties Expert Survey 2018 (POPPA)*.

Meijers, Maurits J. & Andrej Zaslove (2021) Measuring Populism in Political Parties: Appraisal of a New Approach. In: *Comparative Political Studies* 54(2), S. 372-407.

Miklin, Eric (2023) Der Umgang der österreichischen Parteien mit der FPÖ: Von (halbherziger) Abgrenzung zur mehrfachen Regierungsbeteiligung. In: Antoine Bristielle, Ann-Cathrine Jungar, Eric Miklin, Aurora Mínguez, Max-Valentin Robert, Sanna Salo & Wolfgang Schroeder (Hg.) *Die extreme Rechte in den europäischen Parlamenten*, Paris: Friedrich Ebert Stiftung, S. 18-21.

Mudde, Cas (2017) Populism. An Ideational Approach. In: Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Respejo & Pierre Ostiguy (Hg.) *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford: Oxford University Press, S. 27-47.

Mushaben, Joyce M. (2017) Wir schaffen das! Angela Merkel and the European refugee crisis. In: *German Politics* 26(4), S. 516-533.

Niedermeyer, Oskar (2020) *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31; Berlin: Freie Universität Berlin.

Norris, Pippa. (2020). *Global Party Survey 2019*. Retrieved from: <https://doi.org/10.7910/DVN/WMGNTNS>.

Norris, Pippa & Ronald Inglehart (2019) *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press.

Obermaier, Frederik & Bastian Obermayer (2019) *Die Ibiza-Affäre. Innenansichten eines Skandals*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Oesch, Daniel (2006) Coming to Grips with a Changing Class Structure. An Analysis of Employment Stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. In: *International Sociology* 21(2), S. 263-288.

Oesch, Daniel (2013) The class basis of the cleavage between the New Left and the radical right. An Analysis for Austria, Denmark, Norway and Switzerland. In: Jens Rydgren (Hg.) *Class Politics and the Radical Right*, London: Routledge, S. 31-51.

Partheymüller, Julia & Stefanie Walter (2023) Voting for the Populist Radical-Right in Austria and Germany: A Comparative Analysis. In: Thorsten Faas, Sascha Huber, Mona Krewel & Sigrid Roßteutscher (Hg.) *Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie: Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck*, Baden-Baden: Nomos, S. 533-558.

Patton, David F. (2024) The Ukraine War as a Driver of Intraparty Conflict: Germany's Left Party and the AfD. In: *German Politics* 33(3), S. 463-488.

Pelinka, Anton (2002) Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31(3), S. 281-290.

Rooduijn, Matthijs, Andrea LP Pirro, Daphne Halikiopoulou, Caterina Froio, Stijn van Kessel, Sarah L de Lange, Cas Mudde & Paul Taggart (2023) *The PopuList 3.0: An Overview of Populist, Far-left and Far-right Parties in Europe* (www.popu-list.org).

Rooduijn, Matthijs, Andrea LP Pirro, Daphne Halikiopoulou, Caterina Froio, Stijn Van Kessel, Sarah L De Lange, Cas Mudde & Paul Taggart (2024) The PopuList: A database of populist, far-left, and far-right parties using expert-informed qualitative comparative classification (EiQCC). In: *British Journal of Political Science* 54(3), S. 969-978.

Schmidtke, Oliver (2024) Migration as a building bloc of middle-class nation-building? The growing rift between Germany's centre-right and right-wing parties. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 50(7), S. 1677-1695.

Seth, Jolly, Ryan Bakker, Liesbet Hooghe, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen & Milada Anna Vachudova (2022) Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. In: *Electoral Studies* 75, S. 102420.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Volk, Sabine & Manès Weisskircher (2023) Subnational Politics and Far-Right Strength in Germany: The Importance of the East-West Divide. In: Katherine Kondor & Mark Littler (Hg.) The Routledge Handbook of Far-Right Extremism in Europe, London: Routledge, S. 55-66.

Weisskircher, Manès (Hg.) (2024) Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-right Politics: From the Streets to Parliament, Abingdon: Taylor & Francis.

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

8. Anhang

Tabelle 1 Sozialstruktur und Einstellungen der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ verglichen mit den übrigen Parteiwählerinnen und -wählern in Deutschland bzw. Österreich (Logistische Regressionen) – Teil 1

	AfD vs. übrige Parteien			
	Modell 1		Modell 2	
	Koeffi- zient	Standard- fehler	Koeffi- zient	Standard- fehler
Frau	-0,69 ***	0,14	-0,39 *	0,18
Altersgruppen (Referenz: bis 30)				
- 31-59	0,76 ***	0,22	0,43 *	0,27
- 60+	0,35	0,23	-0,07	0,30
Bildung (Referenz: primär)				
- sekundär	0,02	0,20	0,08	0,25
- tertiär	-1,17 ***	0,30	-0,40	0,37
Wohnort (Referenz: Dorf)				
- Kleinstadt	-0,07	0,15	0,34 t	0,19
- Großstadt	-0,59 **	0,17	0,10	0,22
Kirchgang (Referenz: nie)				
- selten	-0,73 ***	0,15	-0,37	0,19
- monatlich	-0,76 **	0,26	-0,50 t	0,35
Haushaltseinkommen ausreichend	-1,02 ***	0,16	-0,30	0,22
Einkommensdifferenzen reduzieren			0,02	0,08
Akzeptanz Homosexualität			-0,41 ***	0,09
Migration			-0,57 ***	0,11
Europa			-0,20 *	0,08
Sorge um Klima			-0,48 ***	0,09
Zufriedenheit Wirtschaft in A / D			-0,09	0,10
Zufriedenheit Demokratie in A / D			-0,80 ***	0,10
starker Führer			0,05 *	0,07
Populismus			0,24 *	0,11
Emotionale Verbundenheit mit A / D			0,17 **	0,09
Covid-19-Verschwörung			0,20	0,07
Pseudo R ² (Nagelkerke)	0,10		0,44	
(N)	(5920)		(5283)	

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Tabelle 1 Sozialstruktur und Einstellungen der Wählerinnen und Wähler von AfD und FPÖ verglichen mit den übrigen Parteiwählerinnen und -wählern in Deutschland bzw. Österreich (Logistische Regressionen) – Teil 2

	FPÖ vs. übrige Parteien			
	Modell 1		Modell 1	
	Koeffi- zient	Koeffi- zient	Koeffi- zient	Koeffizient
Frau	-0,06	-0,06	-0,06	-0,06
Altersgruppen (Referenz: bis 30)				
- 31-59	0,11	0,11	0,11	0,11
- 60+	-0,43	-0,43	-0,43	-0,43
Bildung (Referenz: primär)				
- sekundär	-0,88 *	-0,88 *	-0,88 *	-0,88 *
- tertiär	-2,44 **	-2,44 **	-2,44 **	-2,44 **
Wohnort (Referenz: Dorf)				
- Kleinstadt	0,50	0,50	0,50	0,50
- Großstadt	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
Kirchgang (Referenz: nie)				
- selten	-0,31	-0,31	-0,31	-0,31
- monatlich	-1,71 t	-1,71 t	-1,71 t	-1,71 t
Haushaltseinkommen ausreichend	-0,56	-0,56	-0,56	-0,56
Einkommensdifferenzen reduzieren				
Akzeptanz Homosexualität				
Migration				
Europa				
Sorge um Klima				
Zufriedenheit Wirtschaft in A / D				
Zufriedenheit Demokratie in A / D				
starker Führer				
Populismus				
Emotionale Verbundenheit mit A / D				
Covid-19-Verschwörung				
Pseudo R ² (Nagelkerke)	0,13		0,13	
(N)	(1348)		(1348)	

Quelle: ESS 10.

Variablen: Siehe Abbildungen 8 und 9. Anmerkungen: Die Daten sind gewichtet (anweight).

Nicht gleich,
aber sehr ähnlich!

Autoreninfo

Dr. Eric Miklin ist Assoziierter Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg.

Dr. Martin Dolezal ist Politikwissenschaftler (Promotion Universität Wien, Habilitation Universität München) und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg sowie am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz.

Dr. Reinhard Heinisch (PhD) ist Universitätsprofessor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg.

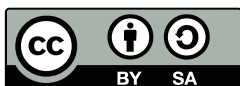
Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:
Sebastian Enskat
Direktor Auslandsbüro Österreich
sebastian.enskat@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin
Satz: Kirnberger Werbeagentur

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)